

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis: sechs Monate 1.50 M., monatlich 1.30 M., vierteljährlich 1.00 M., halbjährlich 0.75 M., einjährig 0.50 M. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.50 Mark pro Monat eingetragen in die Post-Versandliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.  
 Einzelne Nummern.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Verlesungen 10 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 10 Pfg. (zweiwöchige 2 Zeile gebundene Worte, jedes weitere Wort 10 Pfg. Einmalige und Schlußzeilenzeilen das erste Wort 10 Pfg. jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer wählen bis 5 Uhr nachmittags in der Redaktion abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Am Morianen, Nr. 151 90-151 97. Sonnabend, den 17. Februar 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Am Morianen, Nr. 151 90-151 97.

# Neue Wege der Ernährungspolitik.

## Teurer Brot - billiger Fleisch.

Die Ernährungspolitik scheint jetzt, um in einer gewohnten Bilderprache zu reden, aus dem Stellungskrieg heraus- und in den Bewegungskrieg hineinzukommen. Das offizielle Wolffsbureau veröffentlicht ein Gutachten zur Lebensmittelfrage, das, von elf Professoren der landwirtschaftlichen Betriebslehre unterzeichnet, schon an sich ein sehr beachtliches Dokument darstellt, aber an Bedeutung noch durch den Umstand gewinnt, daß die Veröffentlichung aller Wahrscheinlichkeit nach auf das Kriegsernährungsgesamt selbst zurückgeht. Dieses soll mit den Grundsätzen des Professoren-Gutachtens einverstanden sein, ohne sich darauf in allen Einzelheiten festlegen zu wollen.

Der entscheidende Punkt des Gutachtens, das wir weiter unten in etwas verkürzter Fassung wiedergeben, ist die Herstellung eines neuen Preisverhältnisses zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produkten in der Weise, daß die Preise für die fleischerzeugenden pflanzlichen Nahrungsmittel erhöht, die des Viehs und Fleisches selbst aber gesenkt werden. Dadurch soll ein unlesbarer Fehler der bisherigen Preispolitik ausgeglichen werden, der darin besteht, daß sich dem Landwirt seine pflanzlichen Erzeugnisse als Futtermittel besser rentieren, denn als Lebensmittel für den menschlichen Gebrauch. Eine Ausnahme von der Regel wird nur für die Weizen gemacht, deren Preis gesenkt werden soll. Die Spannung zwischen Malzgerste und Futtergerste wird damit von 60 M. auf 10 M. vermindert.

Erhöht werden sollen, um die wichtigsten Nahrungsmittel hervorzuheben, Roggen, Weizen, Zuckerrüben, Kartoffeln und Milch. Herabgesetzt werden sollen die Preise für Schlachtrinder, Schlachtschafe, Schweine und dementsprechend die Fleischpreise. Was die Erhöhung der Milchpreise betrifft, so wird für das Berliner Preisgebiet ab Hof ein Preis von 30 Pf. für 1 Liter Vollmilch als angemessen bezeichnet. Inzwischen hat man uns schon anderweitig auf einen Milchpreis von 44 Pf. für 1 Liter vorbereitet.

Eine Begründung ist dem Gutachten nicht beigelegt. Sie wird uns von anderer Seite gegeben, und wir legen sie so, wie wir sie erhalten, hierher:

Die landwirtschaftlichen Sachverständigen und wohl auch das Kriegsernährungsgesamt sind überzeugt, daß der jetzige, im Vergleich zum Weltmarktpreis sehr niedrige deutsche Getreidepreis, wenn er so bleibt, bei Wiedereintritt normaler Friedensverhältnisse unsere gesamte Volkswirtschaft in eine sehr schwere Krise stürzen würde. Daß die Ertragsfähigkeit des Landes durch die Kriegsumstände erheblich beeinträchtigt wird, ist selbstverständlich.

Sowohl wie erfahren konnten, dürfte das Kriegsernährungsgesamt dem Bundesrat tatsächlich eine Preiserhöhung des Getreides vorschlagen, die dann natürlich auch eine Erhöhung des Brotpreises nach sich ziehen wird. Das ist zweifellos eine bedenkliche Maßregel, zumal in einer Zeit, in der das Brot wie noch niemals zuvor das Hauptnahrungsmittel der gevoolligten Volksmehrheit geworden ist. Es müßte wohl schon einwandfrei nachgewiesen sein, daß unsere wirtschaftliche Zukunft einen solchen Schritt unbedingt erfordert, wenn die bescheidenen Vertreter des Volkes ihm zustimmen sollen. Liegen die Dinge wirklich so, daß eine augenblickliche Verteuerung des allerwichtigsten Nahrungsmittels und die Aussicht verdrängt, in Zukunft von solchen Störungen, wie wir sie in den letzten Monaten erleben mußten, befreit zu sein, dann allerdings bleibt uns nichts anderes übrig, als uns damit einverstanden zu erklären. Die Erhöhung des Brotpreises dürfte, wie wir hören, sich übrigens immerhin in einer halbwegs erträglichen Grenze halten, nämlich 9 bis 10 Pf. für das Brot von 1000 Gramm Gewicht, das heißt also für die wöchentliche Portion des einzelnen beitragen. Auf der anderen Seite ergibt sich als Konsequenz aus der Ueber-einkimmung des Kriegsernährungsgesamts mit diesen Zeitfäden, daß die Vieh- und damit die Fleischpreise herabgesetzt werden. Und hier soll das halbe Pfund Fleisch, also gleichfalls die durchschnittliche Wochenration des einzelnen, um 10 bis 15 Pf. verbilligt werden. Nach den statistischen Zahlen werden die Fleischarten weit über 80 Proz. ausgenutzt, d. h. daß doch nur ein äußerst geringer Teil des Viehes nicht in der Lage ist, die gegenwärtigen Fleischpreise aufzubringen. Es darf dabei allerdings nicht übersehen werden, daß mehr ganz arme Leute, als dieser Zahl entsprechen würde, ihre Fleischarten weitergeben, sei es gegen Bezahlung, sei es gegen Brotmarken, die dem Reichen leichter entbehrlich sind.

Die Entscheidung dürfte nicht lange auf sich warten lassen.

Zu dieser Berechnung ist zu bemerken, daß sich Brot- und Fleischpreise für die, die Fleisch noch kaufen können, ausgleichen mögen, daß aber die Brotpreiserhöhung doch nicht die einzige Erhöhung ist, die uns droht. Eine entsprechende Erhöhung der niedrigen Ein-

kommen, insbesondere der Familienunterstützungen, wäre unausweichlich. Kinderreichen Familien in schlechten Einkommensverhältnissen müßte die Milchpreiserhöhung rückerbüßet werden, wenn man nicht die Nachkommenschaft gefährden will.

Im allgemeinen ist das Gutachten der Professoren dahin zu kennzeichnen, daß es sowohl den Grundgedanken des Zwangs wie den des Preisreizes verwirft und durch Herstellung angemessener Preisrelationen innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion das gestörte Gleichgewicht wieder herstellen will. Dieses wohlwollende System wäre aber für die Verbraucher erst dann erträglich, wenn es auch auf die Einkommensverhältnisse weiter fortgesetzt, also jedem ein Einkommen sichern würde, das ihm den Ankauf der notwendigen Lebensmittel ermöglicht.

Besonderes Gewicht wäre auch darauf zu legen, daß jede vermeidbare Preiserhöhung, die sich auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher vollzieht, wirklich vermieden wird. An diesen beiden Punkten - Erhöhung der niedrigen Einkommen und Verbilligung der Verteilung - werden dann, wenn sich ein anderer Ausweg nicht finden läßt, alle Hebel angelegt werden müssen.

Darüber darf man sich allerdings nicht täuschen, daß die Annahme der Professorenvorschlüge, soweit sie Preiserhöhungen vorsehen, ein Streichen der Segel vor den besorglichen Wirtschaftskritikern der Landwirtschaft bedeutet. Denn diese Vorschlüge haben doch nur dann einen Sinn, wenn man annimmt, daß alle Verfütterungsverbote nichts helfen, sondern daß die besser lohnende Viehzucht bisher immer einen Anreiz gebildet hat, diese Verbote zu übertreten. Der Produktionszwang scheint uns immer noch möglich, wenn er vernünftig geübt wird und wenn eine entsprechende Verwaltungsbehörde vorhanden ist. Aber sie ist nicht vorhanden, und daran - nicht an seiner inneren Unmöglichkeit - scheitert der Produktionszwang.

Heute tritt der Deutsche Landwirtschaftsrat zusammen, und man geht kaum fehl mit der Annahme, daß er gegen das Gutachten der Professoren, soweit es Preiserhöhungen verlangt, Sturm laufen wird. „Die Fleischerzeugung würde dadurch die schwersten Hemmnisse erfahren, während wir auch sie in Wirklichkeit nicht nur möglich aufrechterhalten, sondern, wenigstens hinsichtlich der Fetterzeugung, noch zu verstärken suchen müssen. Das ist schon deshalb nötig, weil wir eines Tages Frieden haben werden und eine inzwischen erfolgte Ruinierung unserer Viehbestände die schädlichsten Folgen zeitigen müßte; ebenso aber auch im Hinblick auf die Möglichkeit eines weiteren Kriegswinters.“ - So las man gestern in einer Volemie der „Deutschen Tageszeitung“ gegen Professor Elphacher, und zum Schluß war da gesagt, daß die Ernährungsfrage „zu profitoralen Experimenten doch zu ernst geworden“ sei. Für die Beratungen des Deutschen Landwirtschaftsrats und für die ihnen folgende Generalversammlung des Bundes der Landwirte am nächsten Mittwoch ist damit der Auftakt gegeben.

## Das Gutachten der Landwirtschaftslehrer.

In den letzten Tagen haben eine Anzahl Hochschullehrer für landwirtschaftliche Betriebslehre die Frage der künftigen Preisgestaltung beraten und eine Reihe von Vorschlägen beschlossen:

In diesen wird zunächst festgestellt, daß der Aufrechterhaltung aber womöglich Vermehrung der Gesamterzeugung der Landwirtschaft durch die Knappheit der menschlichen und tierischen Arbeitskräfte und des Aunssidungens enge Schranken gesetzt sind. Es wird weiter verlangt, daß das Recht und die Pflicht der Kommunalverbände, unbefestetes geeignetes Land anderweit bebauen zu lassen, vorbehalten werden muß. Ein darüber hinausgehender

**Anbauzwang**  
 wird wegen der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes als verhängnisvoll abgelehnt. Es wird dann gesagt, daß die Deckung des unbedingten menschlichen Ernährungsbedarfes der Ernährung der Tiere vorgehen müsse und daß unter den Tieren wieder das Arbeitsvieh vorgehe. Die tierische Höchst-erzeugung könne nur durch züchtige Abgrenzung der Zahl der Tiere erreicht werden. Die Zahl der Schweine müsse an die dafür verfügbare Futtermenge angepaßt werden. Dies soll aber nicht durch Zwangsdingriffe, sondern in erster Linie durch

**fachgemäß Preisgestaltung**  
 aller Erzeugnisse des Bodens und der Tierhaltung erreicht werden. Die jetzige Preisgestaltung habe sich in verhängnisvoller Richtung entwickelt, und zwar deshalb, weil man bei niedriger Preisfestsetzung

von Brot, Getreide und Kartoffeln die Preisentwicklung der tierischen Erzeugnisse, vor allem des Fleisches zu lange frei laufen ließ und erst später durch Höchstpreise regelte. Es wird gefordert, daß die Preisgestaltung die Beschaffung möglichst ausreichender Nahrungsmittel für die Menschen sichert und auch ungünstig gelegenen Betrieben eine die Lebensfähigkeit gewährleistende Rente sichert. Daß bei besonders günstig liegenden Betrieben eine höhere Rente als die unbedingt notwendige erzielt werde, sei unvermeidlich. Freie Preisbildung würde zu un-erträglicher Uebererzeugung führen. Anreiz durch hohe Preise wird verworfen. Nur der Anbau besonders notwendiger, im Frieden zurücktretender Früchte (Gel- und Hülsenfrüchte, Getreidepflanzen) sei zur Deckung des Mindestbedarfs durch günstige Preisermessung zu fördern.

Dies ist der Inhalt der allgemeinen Leitfäden 1-6. Wir lassen die weiteren, ins einzelne gehenden Vorschläge wörtlich folgen:

7. Die verschiedenen Preis- und Ablieferungsbedingungen für Hafer und Gerste sind betriebs- und volkswirtschaftlich unübersichtlich. Sie benachteiligen die ohnedies in ihrer Leistungsfähigkeit am meisten gefährdeten ärmeren Bodenarten und müssen durch gleiche Behandlung beider Fruchtarten beseitigt werden. Die jetzige Preis-höhe ist ungefähr beizubehalten.

8. Der Roggen- und Weizenpreis ist dieser Preis-höhe anzu-passen.

9. Hiernach sind folgende Getreidepreise für die nächste Ernte angemessen, zur Erreichung der unter 5 aufgestellten Ziele aber auch unbedingt erforderlich:

für Roggen . . . . .	260 M. je Tonne (bisher 220)
„ Weizen . . . . .	300 „ „ „ ( „ 260)
„ Gerste . . . . .	270 „ „ „ ( „ 320)
„ Futtergerste . . . . .	260 „ „ „ ( „ 260)
„ Hafer . . . . .	270 „ „ „ ( „ 270)
„ Hafer . . . . .	260 „ „ „ ( „ 270)

10. Unter Berücksichtigung der Ausführungen zu Ziffer 6 erscheinen die heute geltenden Preise für Hülsenfrüchte angemessen. Für Delfsaaten erscheinen die für den Herbst festgesetzten Preise angemessen.

11. Unter Berücksichtigung eines Roggenpreises von 260 M. ist ein Zuckerrübenpreis von 40 M. zu niedrig, ein solcher von 50 M. je Tonne angemessen. Der Zwang zum Anbau einer bestimmten Fläche führt nicht zum Ziel.

12. Der diesjährige Kartoffelpreis ist zur Aufrechterhaltung der Erzeugung ungenügend. In Westdeutschland sieht er zum Teil noch unter dem Friedenspreis der Winterkartoffel. In Ostdeutschland ist er zwar erheblich höher als dieser, aber er berücksichtigt nicht voll die schweren Nachteile, die dort die Ablieferung der normalerweise zur Aufrechterhaltung der eigenen Wirtschaft erforderlichen Kartoffeln den meisten östlichen Betrieben bringt. Angemessen erscheint für ganz Deutschland ein Mindestpreis von 100 M. die Tonne im Herbst mit der Berechtigung der Landeszentralbehörden, in Gebieten, mit besonders hohen Friedenskartoffelpreisen den Preis in angemessenen Grenzen darüber hinaus zu erhöhen. In ganzen Reihe ist den Landeszentralbehörden die Regelung der Frühjahrskartoffelpreise zu überlassen.

13. Reichliche Gemüsepreise sind schon bei dem großen Arbeitsbedarf dieser Früchte geboten. Eine Gefährdung des Anbaues anderer nötiger Früchte durch Gemüsebau ist nicht zu befürchten, im Gegenteil ist eine möglichst Ausdehnung des Gemüsebaues erwünscht.

14. Kohlrüben (Brulen) und Runkelrüben werden überwiegend zur Verfütterung im eigenen Betriebe erzeugt. Ein Höchstpreis muß aber zur Vermeidung unerwünschten Wettbewerbes mit Kartoffeln und Zuckerrüben festgesetzt werden. Angemessen erscheinen folgende Preise ab Hof mit der Möglichkeit der örtlichen Preis-erhöhung für bestimmte Gebiete wie bei Kartoffeln:

Brulen (Kohlrüben, Steckrüben) . . . . .	30 M. je Tonne
Futterrüben . . . . .	25 „ „ „
Futtermöhren . . . . .	40 „ „ „

15. Ein mäßiger Preis für die käuflichen Kraft- und Er-sachfuttermittel, nötigenfalls mit Reichszuschüssen, ist nötig, um die großen Schwankungen in den Kosten der Herbeibringung der Vieherzeugnisse zu vermeiden.

16. Die Preise für Schlachtrinder sind im Vergleich zu den Preisen der Bodenerzeugnisse zu hoch. Dadurch ist auch eine vom landwirtschaftlichen Standpunkt bedenkliche Steigerung der Preise für Jacht- und Magervieh hervorgerufen. Da für dieses Höchstpreise nicht durchführbar sind, kann die Minderung dieser Preise nur mittelbar durch Herabsetzung der Schlachtviehpreise erfolgen. Ein verhältnismäßig hoher Preisstand ist trotzdem beizubehalten, weil durch den Wegfall einwertiger Kraftfuttermittel eine starke Verminderung und Verteuerung der Erzeugung eingetreten ist. Gegenüber dem heutigen mittleren Höchstpreis von 105 M. für den Doppeltentner erscheint ein mittlerer Preis für Schlachtrinder von 165 M. angemessen.

17. Die Preise für Schlachtschafe sind aus den gleichen Gründen zu hoch. Da die Schafhaltung, insbesondere des beimg-

lichen Wohlstands wegen, der Förderung und Ausbreitung bedarf, müssen die jetzigen Wollpreise für mindestens drei Jahre gesichert werden. Für Schlachtschafe ist ein mittlerer Höchstpreis von 165 M. für den Doppelschäfer angemessen.

18. Auch die Schweinepreise sind zu hoch. Die Herabsetzung der jetzt geltenden Preise der Schlachtschweine unter 80 Kilogramm um 20 Prozent, über 80 Kilogramm um 25 Prozent erscheint geboten.

19. Die Frischmilchpreise sind infolge der außerordentlichen Knappheit einseitiger Futtermittel in den meisten Gebieten erheblich zu niedrig. Die Butterpreise sind im Verhältnis zu den bisherigen Milchpreisen, wenn man den höheren Wert der Magermilch in Betracht zieht, verhältnismäßig hoch. Die Frischmilchpreise bedürfen daher einer erheblichen Erhöhung, die allerdings erst zur Winterfütterungsperiode einzutreten braucht, da im Sommer die Erzeugungskosten durchschnittlich erheblich niedriger sind. Unter Berücksichtigung des höheren Wertes der Magermilch ist der Butterpreis so festzusetzen, daß die Milchermehrung bei Butterherstellung nicht zurückbleibt als beim Frischmilchverkauf wird. Hiernach ist für das Berliner Preisgebiet 30 Pfennig ab Hof für 1 Liter Vollmilch angemessen.

Für die übrigen Gebiete haben die Landeszentralbehörden eine angemessene Heraussetzung der Milchpreise vorzunehmen.

Das Gutachten trägt folgende Unterschriften:  
Kerebowe-Breslau, Brinkmann-Bonn, Fröhlich-Halle, Gieseler-Gießen, Hansen-Königsberg, Hollmann-Berlin, Kitzner-Leipzig, Schneider-München, v. Seelhorst-Göttingen, Wagner-Weihenstephan, Warmboldt-Hohenheim.

## Mängel der Organisation.

Zu gleicher Zeit geht uns ein — vom Gutachten der Professoren noch unberührt — Aufsatz von Robert Schmidt über „Mängel in der Organisation unserer Nahrungsmittelversorgung“ zu, dem wir folgendes entnehmen:

Die Preisbestimmung steht gegenwärtig unter einem neuen Ansturm landwirtschaftlicher Interessenten. So verlangt die Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Braunschweig einen gleichmäßigen Preis für alle Getreidearten von 300 M. für die Tonne, für Roggen 24 M. pro Zentner, für Gerste eine Erhöhung unter Berücksichtigung der Ernte oder Aufhebung der Höchstpreise, für Schilddies eine Erhöhung der Preise. Die Landwirtschaftskammer für Schlesien wendet sich dagegen, daß die Viehpreise herabgesetzt werden und wünscht einen Zuckerpriß von 250 M. Man ist drauf und dran, einen großen Vorstoß für eine Preiserhöhung vorzunehmen. Wähig sind die Anforderungen nicht, denn der verlangte Preis für Getreide bedeutet für Roggen 80 M. und für Weizen 40 M. Aufschlag; die Preise für Roggen betragen zu Beginn des Krieges 150 M., der Aufschlag wäre hier 14,50 M., die Viehpreise und nahezu um das Dreifache höher als zu Friedenszeiten. Sie gelten in objektiven Kreisen der Landwirtschaft längst als viel zu hoch. Aber das ficht diejenigen in der Landwirtschaft nicht an, die leider so oft ins Maßlose mit ihren Forderungen gingen.

Das Kriegsernährungsamt hat die Preise für Hafer und Gerste etwas gesenkt, auch in Verbindung damit die Preise für Röhrrittel, und es ist ferner in Aussicht gestellt, daß die Preise des Kriegsernährungsamtes einen Ausgleich in den Preisbestimmungen der einzelnen Produkte herbeizuführen, nicht wieder aufgegeben werden und nicht etwa der Ausgleich so gerächt wird, daß die niederen Preise auf die Höchststufe heraufgesetzt werden. Die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte sind so hoch, daß unter Berücksichtigung aller Ersparnisse, unter denen die Landwirtschaft zu leiden hat, ein gutes Auskommen möglich ist. Die sozialdemokratische Partei hat jede Forderung unterstützt zur Beschaffung von Saatgut, Futtermitteln, landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln, sie hat jede Arbeitserleichterung gutgeheißen; und sie glaubt, am besten die Produktion mit diesen Mitteln zu fördern und hat dies auch in ihren ersten Vorschlägen im August 1914 bereits zum Ausdruck gebracht, aber sie lehntes mit aller Entschiedenheit ab, durch Preissteigerung den Anreiz für die Produktion zu geben, weil wir sonst in eine unhaltbare Preissteigerung kämen, die schwere allgemeine Schäden mit sich bringen.

Die Heberwahrung der Preise löst leider viel zu wünschen übrig. Wir haben eine Preisverordnungsverordnung, die die Forderung übermäßiger Preisaufschläge unter Strafe stellt. Aber die Festsetzung solcher Vergehen ist sehr schwer, da der Handel vielfach die Nachforschungen darüber unmöglich macht, zu welchem Preise die Ware eingekauft ist. Zwar haben die Preisprüfungsstellen das Recht, Einsicht in die Bücher zu verlangen, aber dazu kommt es selten oder gar nicht, weil der Einfluß der Vertreter der Konsumenten viel zu schwach ist, um eine energische Kontrolle gegen die Vertreter des Handels und der Stadt durchzuführen. Geht es dennoch, so erklären die Händler nicht selten, sie führen keine Bücher und damit ist der Nachweis über den Einkauf unterbunden. Es handelt sich hierbei weniger um die Gewohnheiten des Kleinhandels als vielmehr auch um die des Großhandels. Wiederholt ist von unsern Vertretern verlangt worden, daß durch zwangsweise Einführung von Preisverordnungen diesem Treiben ein Ende gemacht werde. Aber der Einfluß des Handels in den Reichsstellen ist stark genug, um sich diese Kontrolle vom Hals zu wahren. Das Reichswirtschaftsamt ist vielfach mattgesetzt, weil ihm die Aufdeckung von Preisverordnungen nicht gelingt und die Unterbindung des Kettenhandels unmöglich wird. So haben wir heute noch den Zustand, daß Waren aus einer Hand in die andere wandern und damit die Preissteigerung die wildesten Auswüchse hervorruft.

Einige Städte haben eigene Verkaufsstellen eingerichtet und damit sehr gute Resultate erzielt. Die hierdurch dem Kleinhandel zugefügten Nachteile lassen sich mildern dadurch, daß die Handeltreibenden in den Dienst der Verkaufsstellen übernommen werden. Sie werden sich dabei besser stellen als bei der Fortsetzung eines Handels, der den Umsatz sehr herabdrückt. Allgemein wird heute im Handel eine hohe Umsatzprovision verlangt, weil man bei dem viel geringeren Umsatz den gleichen Gewinn erzielen will wie im uneingeschränkten Geschäftsverkehr. Gegenwärtig gibt es vor allem, einer einfachen, sicher funktionierenden Lebensmittelverteilung im Interesse der Gesamtbevölkerung den Vorrang zu geben, demgegenüber alle Sonderinteressen zurücktreten müssen. Die Gemeindevverwaltung muß hier bessernd eingreifen.

Auf diesen Gebieten vermissen leider vielfach die Gemeinden, sie scheuen die Arbeiten, wollen nicht die Interessen derjenigen verletzen, die politisch ihnen nahe stehen, fürchten, es könnten sich die Einrichtungen als nützlich erweisen und nach dem Kriege ihre Aufrechterhaltung verlangt werden, man wurselt so weiter, und bei den Reichsstellen ist es nicht besser.

auch da Antwort man auf die unantastbare kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Es wäre verfehlt, für unsere Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung dieses System allein verantwortlich zu machen, auch die beste Organisation vermag, weil die Produktion den Bedarf nicht decken kann, aber mancher Schaden wäre verhütet, wenn in der Lebensmittelproduktion wie in der Versorgung der großen organisatorischen Neugestaltungen nicht ein so entschiedener Widerwille vorhanden wäre, sind doch alle erfolgreichen Schöpfungen nur im Widerstreben der Kräfte zustande gekommen, die am Fiasco mehr interessiert sind als an dem Erfolg der Unternehmungen. Dieser Einfluß macht sich bald fühlend, bald im Stillen geltend, er verlangt zurück zu dem freien, ungebundenen kapitalistischen System; wir aber hängen uns nicht an die Aufrechterhaltung des alten, sondern streben einer Organisation zu, die überflüssige Zwischengemine und unnötige Vergeudung von Kräften vermeidet, um eine Lebensmittelversorgung sicherzustellen, die vor allem vom Standpunkt des Allgemeininteresses diktiert ist.

## Elf sozialistische Dumamitglieder verhaftet.

Kopenhagen, 16. Februar. (B. Z. A.) Russische Blätter berichten, elf sozialistische Dumamitglieder, die der Hauptleitung des Kriegskomitees angehörten, seien unter der Anschuldigung verhaftet worden, Handlungen begangen zu haben, die gegen die öffentliche Sicherheit gerichtet seien. Die Untersuchung habe ergeben, daß sie Pläne für eine Revolution ausgearbeitet hätten, die ganz Rußland umfassen sollte.

Als Vorbereitung dieses Schlags gegen die sozialistische Linke der Duma wird man die Maßnahmen zu betrachten haben, die sich nach Meldungen letzter Tage gegen die Organisation der Petersburger Metallarbeiter richteten. Daß das Parlamentsmandat in Rußland seinen Träger nicht unantastbar macht, haben zuletzt fünf andere Dumasozialisten schon im ersten Kriegsjahre erfahren. Sie wurden skribellos verhaftet und schmachten trotz aller Proteste in entwürdigendster Lage in Sibirien.

Um Anlaß und Bedeutung der jetzt gemeldeten Verhaftung klar zu kennzeichnen, müssen nähere Nachrichten abgewartet werden. Die Aktion muß natürlich in Zusammenhang mit dem nahenden Termin der Wiedereröffnung der Duma gewertet werden. Das Regiment Golitsin-Protopow bereitet sich auf diesen Termin vor durch die Rundtrottmachung der radikalen Linken.

Der Zarenloß, der von den Personen der Regierung Achtung vor der Würde der Volkvertreter forderte, hat nicht lange auf die Enthüllung, daß er ein heuchlerischer Akt war, warten lassen. Er entlarbt sich selbst, und die am wenigsten an seine Ehrlichkeit geglaubt haben, müssen es zuerst und an ihrem Leib und Leben erfahren, daß sie sich nicht irren.

## Der Krieg auf den Meeren.

### 51 800 Tonnen in 24 Stunden.

#### Die Leistung eines U-Bootes.

Berlin, 16. Februar. Innerhalb 24 Stunden wurden von einem unserer Unterseeboote, nachweislich versenkt: ein Hilfskreuzer von 20 000 Bruttoregister-tonnen, zwei Hilfskreuzer oder Transportdampfer von je 13 600

ein Transportdampfer von 1600 Bruttoregister-tonnen,

insgesamt 51 800 Bruttoregister-tonnen.

Von den am 13. Februar als versenkt gemeldeten sechs Dampfern und einem Segelschiff von insgesamt 25 000 Bruttoregister-tonnen führte ein Dampfer 1000 Tonnen Holz, 1500 Tonnen Weizen, 2000 Tonnen Hafer und ein Dampfer von 5000 Bruttoregister-tonnen Petroleum nach England. Als Gefangen wurden eingebracht: Drei Kapitäne, zwei Ingenieure und ein Funkentelegraphist. Zwei von den Dampfern waren bewaffnet.

## Zwei englische Weizendampfer vernichtet.

Barcelona, 16. Februar. Aus Alexandria eingetroffene Schiffsmannschaften berichten, daß in den Tagen vom 20. zum 29. Januar zwei mit Weizen beladene englische Dampfer von

11 000 und 10 000 Tons

vor dem Hafen durch Unterseeboote versenkt wurden.

Hafenarbeiter von Alexandria erzählten, daß die von dort verkehrenden englischen

Lazaretttschiffe

ausschließlich zum Transport von Truppen und Kriegsmaterial nach Saloniki benutzt würden.

### Norwegischer Schiffsverlust im Januar.

Kopenhagen, 15. Februar. „Nationaltidende“ meldet aus Kristiania: Norwegen verlor im Januar

14 Schiffe von insgesamt 66 484 Tonnen.

Der Direktor des norwegischen Bureau Veritas teilt nach seiner Rückkehr von einem Besuch amerikanischer Schiffswerften mit, daß in Amerika gegen 1150 000 Tonnen Schiffe für norwegische Rechnung im Bau seien. Wenn Amerika diesen Schiffraum beschlagnahme und 300 Kronen für die Tonne erstatte, so könne man in Norwegen mit einer Auszahlung von rund 600 Millionen Kronen durch Amerika an die norwegischen Reedere rechnen.

## Versenkt.

Stockholm, 16. Februar. Es verlautet, daß fünf schwedische von England mit Kohlen nach schwedischen Häfen ausgehende Dampfer im Nordseegebiet versenkt worden sind.

London, 16. Februar. Lloyd's meldet: Der Dampfer Margaria (2785 Br.-Reg.-To.) und der Schaluppen Ashwald (129 Br.-Reg.-To.) und Ireland (18 Br.-Reg.-To.) sind versenkt worden. Die Besatzung der Ireland wurde gerettet, nachdem sie 90 Stunden auf dem offenen Meere gewesen waren.

Kristiania, 15. Februar. Das norwegische Konsulat in Bordeaux brachte an das Handelsdepartement: Der Dampfer Progress (1620 Br.-Reg.-To.) ist versenkt worden. Der Kapitan und die Besatzung wurden gerettet.

Göteborg, 15. Februar. Der Göteborger Dampfer Adolf (825 Br.-Reg.-To.) ist bei den Orkneyinseln versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet.

## Die Versenkung der Edda.

Berlin, 16. Februar. Die schwedische Presse meldete anfangs dieses Monats, der schwedische Dampfer Edda wäre am 29. Januar 1917 vor der norwegischen Küste von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Er fuhr mit Kohle von Seaham nach Halmstad. Die Versenkung wäre auf ein Versehen oder auf einen Uebergriff zurückzuführen.

Dazu wird festgestellt, daß die Edda laut Chartervertrag verpflichtet war, nach Lösung der Kohlen in Halmstad von Karlskrona nach England zurückzufahren.

## Französisches Torpedoboot verloren.

Lugano, 16. Februar. Das französische Torpedoboot S17 ist am 28. Dezember 1916 verloren gegangen.

## U-Boot-Rede Lloyd Georges in Sicht.

Bonar Law teilte im Unterhaus mit, daß Lloyd George am 19. d. M. eine Erklärung über die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der weiteren Beschränkung der Einfuhr und über die Landwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Bedrohung durch den Unterseeboottkrieg abgeben werde. Das Leitmotiv dieser Rede des englischen Premierministers werden die im Oberhaus gehaltenen Reden angestimmt haben.

## Der Tropfen auf den heißen Stein.

London, 15. Februar. Das Landwirtschafts- und Fischereiamt gibt bekannt, daß ein wichtiges Abkommen zwischen dem Kriegsamtsamt und dem Landwirtschaftsamtsamt getroffen worden ist, um den Landwirten weitere militärische Arbeitskräfte für die Frühjahrsbestellung zur Verfügung zu stellen. Außer der Zuweisung von 15 000 Mann, die zu den Landesverteidigungsgruppen gehören und deren Arbeitskraft nach den bestehenden Bestimmungen für die Landwirte dienen soll, sollen weitere 15 000 Mann auf die verschiedenen Landesteile verteilt werden.

## Seesperre und Weltverwirrung.

Amsterdam, 16. Februar. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet, daß die amerikanische Presse gestern in sehr pessimistischer Stimmung war. Die Rahmlegung der Schifffahrt und die Stauung auf den Bahnen hat eine unerträgliche Lage geschaffen.

Rotterdam, 16. Februar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten wird in England für Butter bereits jeder Preis gezahlt. In Schifffahrtkreisen herrscht Verunruhigung über die Absicht Englands, in großbritannischen Häfen liegende Schiffe zu kaufen. Es wird gemeldet, daß drei schwedische Schiffe in England gezwungen worden sind, ihre Ladung zu löschen.

Stockholm, 16. Februar. Die Beschlagnahme des für Schweden dringend notwendigen Chilisalpeters in englischen Häfen und die Bedingungen Englands für die Aufrechterhaltung der schwedischen Schifffahrt erregten das größte Aufsehen. Die neuen Bedingungen werden von den Blättern einstimmig als unannehmbar bezeichnet.

Stockholm, 16. Februar. Die Regierung hat beschlossen, Hafer und Gerste sowie die daraus hergestellten Erzeugnisse zu beschlagnahmen und die Verwendung von Kartoffeln zur Viehfütterung zu verbieten.

Kopenhagen, 16. Februar. „Berlingske Tidende“ meldet aus Saporanda: Der empfindliche Mangel an Getreide und anderen wichtigen Lebensmitteln, der seit längerer Zeit in Finnland geherrscht hat, nimmt jetzt drohende Formen an. Der finnische Verband der Lebensmittelimporteure teilt mit, daß es nicht gelungen sei, genügend Lebensmittel zu beschaffen. Die vorhandenen Vorräte würden höchstens zwei Monate reichen. Um der drohenden schweren Gefahr zu begegnen, wird eine Reihe von Maßnahmen geplant, unter anderem sollen die bereits bestehenden Höchstpreise bedeutend erhöht werden.

Bern, 16. Februar. Die französische Blätter melden, ist nach Schätzungen vom 1. Februar 1917 der Stand der Aussaaten nicht zufriedenstellend. Die Aussaat bleibt beträchtlich hinter der Aussaat des Vorjahres zurück, nur in vier Departements Südfrankreichs kann die Lage als günstig bezeichnet werden. Amilich wird erklärt, daß große Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Frühjahrssaat intensiver zu gestalten, da sonst ein großer Ausfall gegen die bereits unter Durchschnitt gebliebene Ernte des Vorjahres zu erwarten sei.

## Die deutschen Schiffe in den Vereinigten Staaten.

### Keine Internierung von Handelsschiffen.

New York, 12. Februar. (Funkpruch des Vertreters vom B. Z. A. verspätet eingetroffen.) Unter Bezugnahme auf eine drabstlose Nachricht aus Berlin, wonach Staatssekretär Zimmermann sich nach der Lage der Besatzungen der internierten Schiffe erkundigt hat, teilt eine Washingtoner Meldung der Associated Press mit: Es gibt keinerlei Anzeichen von internierten deutschen Schiffen in amerikanischen Häfen. Interniert sind Kriegsschiffe wie die Hilfskreuzer Prinz Eitel Friedrich und Kronprinz Wilhelm und Marinefahrzeuge wie die Kanonenboote Cormoran in Guam und Geier in Honolulu. Die Besatzungen dieser Schiffe sind ebenso wie die Schiffe selbst Bestandteile der deutschen Seestreitkräfte, die in neutralen Häfen Zuflucht gesucht haben und sind für die Dauer des Krieges gefangen nach den Bestimmungen des Völkerrechts und der Haager Konventionen. Die Lage der durch den Krieg festgehaltenen Handelsschiffe ist eine andere, und ebenso ist es mit ihren Besatzungen. Die Handelsschiffe sind in feiner Weise interniert, sondern bleiben in ihrem Aufenthaltsort; sie haben die Freiheit, jederzeit in See zu gehen und ihr Glück gegen die feindlichen Kriegsschiffe zu versuchen. Ihre Besatzungen befinden sich in derselben Lage wie alle Fremden, die nach den Vereinigten Staaten kommen. Sie können, wenn sie die Bedingungen für Einwanderung erfüllen, im Lande zugelassen werden. Solange sie als Auswärtige gelten, werden sie von den Einwanderungsbehörden auf ihre Schiffe verwiesen. Ähnlich ist es mit den Schritten, die gegen die Verhaftung von Eigentum oder die Verhaftung der Schifffahrt in amerikanischen Häfen unternommen worden sind. Man nimmt an, daß die Frage Deutschlands auf Kaiserliche Meldungen zurückzuführen ist.



Ermüdung und industrielle Arbeit.

Auch von wissenschaftlichen Nachrichten werden wir für einige Zeit noch mehr abgeperrt sein als früher, denn die wissenschaftlichen Veröffentlichungen Amerikas, die in diesen Tagen eingetroffen sind, dürften nun wohl ausbleiben. Die letzte Sendung enthält einen wertvollen Bericht über Versuche, die der Physiologe Dr. Kent im Auftrage seiner Regierung über die industrielle Ermüdung angestellt hat.

Der erste Teil der Untersuchungen beschäftigt sich mit der Ermüdung infolge von Ueberstunden, und Kent hat festgestellt, was allerdings wohl kaum einer Befähigung bedurfte, daß die Ermüdung bestehen bleibt, wenn die Ruhe am Wochenende aufgehoben wird. Sie äußert sich in herabgesetzter Leistungsfähigkeit und vermindertem Arbeitsertrag. Ueberstunden an aufeinander folgenden Tagen erzeugen mehr Ermüdung, als wenn sie von Tagen gewöhnlicher Arbeitsdauer getrennt sind. Auch äußert sich die Ermüdung stärker, wenn die Ueberstunden am Ende der Woche geleistet werden, als in den ersten Tagen. Kent beurteilt die Ueberstunden vom physiologischen Standpunkt überhaupt und sucht an einem Beispiel zu zeigen, daß sie häufig ihren Zweck verfehlen. Eine junge Arbeiterin in einer der staatlichen Fabriken, die der Forscher beobachtete, zeigte während der Ueberstunden eine auffällige Unachtsamkeit. Sie begann ihre Arbeit auch erst um 8 1/2, statt um 8 Uhr morgens und arbeitete meist nur acht Stunden statt der angegebenen zwölf. Nach dem Grunde gefragt, erwiderte sie, die Zeit des Ausruhens, die sie sich gönnte, befähigte sie, die übrigen Stunden so viel schneller zu arbeiten, daß sie die verlorene Zeit leicht einholen könnte.

Der zweite Abschnitt handelt von dem Einfluß der Ermüdung auf den Arbeitsertrag. Das Ergebnis belegt, daß die gesamte Tagesleistung durch die Einführung von Ueberstunden vermindert werden kann, da sie durch die Ermüdung stärker als durch andere Bedingungen herabgesetzt wird. Eine Gruppe von Stahlarbeitern steigerte ihre Leistungen erheblich, als ihr Arbeitstag verlängert wurde. Erst in dem dritten Teil der Abhandlung kommt Dr. Kent zu der allgemeinen Feststellung, daß die gesammte Erzeugung einer Fabrik die Frage des Gleichgewichts der in Betracht kommenden Faktoren ist, deren wichtigste die wirkliche Arbeitszeit und die wirkliche Arbeitsgeschwindigkeit sind. Eine Herabsetzung der Arbeitsgeschwindigkeit oder, wie man vielleicht auch sagen könnte, des Arbeitseifers, kann der tatsächlich mit Arbeit ausgefüllten Zeit bald derart entgegenwirken, daß der Vorteil ihrer Verlängerung aufgehoben wird. Die Gesundheit des Arbeiters, auf der sein Arbeitsergebnis und seine Ausdauer beruht, wird weit mehr durch Ueberstunden am Abend beeinflusst, als durch einen früheren Beginn der Arbeit in den Morgenstunden. Einer Aufhebung der Ueberstunden folgte in jedem Fall eine Verbesserung des gesamten Zustandes des Arbeiters, die Wirkung ward als eine Erparnis von 4 1/2 Proz. bezeichnet.

Dr. Kent behauptet, alle Versuche, auf die diese Schlussfolgerungen gegründet sind, mit größter Sorgfalt und unter Anwendung aller Arten von wissenschaftlichen Apparaten vorgenommen zu haben, die zur Prüfung der Aufmerksamkeit und der Arbeitsfähigkeit zur Verfügung stehen. Nämliche und weibliche Arbeiter wurde jede für sich berücksichtigt. Der Forscher ist auch zu dem Schluss gelangt, daß die Nachteile gegen eine Sonntagsarbeit sprechen, die sich nach seiner Meinung sogar als „verhängnisvoll“ erweisen kann. In diesem Fall haben die Amerikaner, weil ihnen damit ein geschäftlicher Vorteil in Aussicht gestellt wurde, die praktische Folgerung aus diesen wissenschaftlichen Schlussfolgerungen gezogen, denn nach Angabe des Journals der Amerikanischen Medizinischen Vereinigung hat der dortige Munitionsdirektor jede Sonntagsarbeit in den mit der Herstellung von Munition beschäftigten Fabriken verboten, was natürlich nicht ausschließt, daß dies Verbot zurückgenommen werden wird, wenn etwa die Behauptungen des Dr. Kent geschäftlichen Schaden nach sich ziehen sollten.

Deutsches Theater: „Othello“.

Bei seinem Darsteller steht man so sehr wie bei Wegener unter dem Eindruck einer reich und mächtig stutenden und doch in aller ihrer Freiheit von eindringendem Kunstverstande unterstützten Phantastie. Kunstverstand in ungewöhnlich hohem Grade hat gewiß Essermann, der auf der Reinhardt-Bühne früher den Mohren spielte, in dieser und in seinen anderen klassischen Rollen ebenfalls gezeigt. Doch dieser Meister des modernen Schauspielers befaßt sich mit den ragen Gestalten der klassischen Tragik nicht jenes Anknüpfungsbewußtseins oder doch nicht das Organ und die äußeren Mittel, um

dem Gesichtsausdruck vollen Ausdruck zu verleihen. Er gab ein feinsinniges Motiv, das mehr zu der nachstimmenden Reflexion als zu der Einbildungskraft und der Empfindung sprach. Eben dies Zwingende, das auf der Stelle packt und in der Fülle immer neuer Wendungen die Sinne und den Sinn nicht losläßt, ist Wegener gegeben. Schon seine trübliche Gestalt und das seltsam mongolische, in der Spiegelung des Seelischen sich unablässig wandelnde Antlitz läßt das Auge nie ermüden.

Shakespeares Othello ist ein in die fremde Zivilisation Venedigs verlagener Primitiv, dessen tierisch elementare Wildheit von der Macht einer ganz neuen, in ihrer grenzenlosen Hin-gegebenheit kindlich rührender Liebe gebändigt wurde. Als ein Erlöser fühlt er sich und fürchtet das Vergangene wie eine im Hintergrunde lauerner dämonische Gewalt. Trägt auch dies Jambusbild, „dann lehrte das Chaos wieder“. Wegeners Darstellung umfaßt die Doppelheit des Seins, die Jartheit der Empfindung und ihr Wiedererlöschen in dem Orkan aufgeregter Leidenschaften mit gleicher Vollendung. Als er vor dem Senat erzählt, wie Desdemona Liebe sich ihm offenbarte, da strahlt das schwarze breite Antlitz im Ueberdruhwange seliger Freude. In den malenden Bewegungen der Hände und Arme prägt die bewegte Phantastie des Naturmenschen sich aus. Unheilvoll blüht die jähornige doch rauh zurückgehaltene Wut auf in der Szene, da ihn der Kutscher, den der trunks Cassio angestiftet, von Desdemonas Seite in das Lager rüst. Und in wunderbarer Steigerung entrollt sich das Gemälde der Analen und der Kaserne, die Jagos giftige Verleumdung in seinem Blut entzündet. In den langgezogenen Naturlauten herzerreißender Klage sang etwas von der Konart griechischer Tragödien an. Das gegliederte Gebild der Worte schien zu eng zum Ausdruck solchen Schmerzes, er schäumte darüber weg.

In Winterstein stand Wegeners Othello ein trefflicher Jago zur Seite, ein zynisch frecher Durich, dessen treuerzige Kameradenmasse das Vertrauen, das Othello und die andern ihm entgegenbringen, einfach und natürlich erklärt. Indem er so auf alle hergebrachten Mittel der Bühnen-Phantastik verzichtete, trat die Posheit des Charakters, die hämische Schadenfreude nur um so überzeugender hervor. Den Triton Rodrigo, den Jago plündert, spielte Wieders mit unwiderstehlich grotesker Komik. Gertraud Wieders Desdemona war mehr das an Galanterien gewohnte venezianische Edelfräulein als die stedenlose reine Duderin, die der Nebenhand gar nicht fassen kann, daß Weiber ihre Männer schmalshintergeben. Aber der Widerspruch trat weniger hervor, da man die für diesen Zug maranteste Szene, Desdemonas Gespräch mit ihrer Kammerfrau, im letzten Akt gestrichen hat.

Röntgenstrahlen gegen den Brustkrebs.

Die Bedeutung der Röntgenstrahlen in der Medizin liegt auf zwei Gebieten. Einerseits kommen sie als Hilfsmittel also als Untersuchungsmittel und wissenschaftliches Forschungsmittel in Frage, andererseits aber auch unmittelbar als Heilmittel. Die erste Form der Anwendung hat der Krieg in ganz ungekannter Weise gefördert, während, man möchte sagen selbstverständlich, das zweite durch ihn im Vergleich zu Friedenszeiten etwas zurückgedrängt worden ist. In der Münchener „Medizinischen Wochenschrift“ weist nun Dr. Gustav Loose-Bremen von einem Sieg der Röntgenstrahlen über den Brustkrebs zu berichten. Das ist eine höchst erfreuliche Nachricht. Man, unwillkürlichen Enttäuschungen vorzubeugen, muß betont werden, daß eine Einschränkung vor der Laienwelt notwendig ist, weil in der Arbeit genaue Zahlenangaben über die erzielten Erfolge und ein genaue Beschreibung der dabei eingeschlagenen Wege fehlt. Loose hat seine Erfahrungen an dem gesamten reichhaltigen Material eines großen Krankenhauses mit etwa 1200 Betten gesammelt und kann das erfreuliche Ergebnis mitteilen, daß er in fast allen Fällen Heilung erzielte und, wie er hofft, Dauerheilung, und zwar dadurch, daß die Fälle, in denen der Brustkrebs zunächst operativ behandelt worden war, den einer Nachbehandlung durch Röntgenstrahlen unterworfen wurde. In keinem der nachbehandelten Fälle haben sich bisher neue Wucherungen eingestellt. Nur bei einer zum siebenten Male operierten Patientin ist trotz der Nachbestrahlung ein Rückfall beobachtet worden. Aber auch diese Patientin erweist sich jetzt bereits seit Monaten besser Gesundheit. Dr. Loose hält aber die Nachbestrahlung mit Röntgenstrahlen nicht nur für äußerst wirksam sondern er nähert sich, wie er schreibt, immer mehr der Ueberzeugung, daß die völlige Vernichtung des Brustkrebs nur noch eine Frage der Zeit sein kann. Deshalb glaubt er auch schon jetzt von einem Siege der Röntgenstrahlen über den Brustkrebs sprechen zu dürfen. Wir wollen hoffen, daß diesen Erwartungen keine Enttäuschung folgt.

An Meta Kupfer.

Du Alphalagotin! du Bierzimmer-Hera! Du stille Sehnsucht meines Mittelstands, du Kommandierteft — das wird immer schwerer — und goldre Raib den alten Konter-Lanz. Du warst so mild. Du brauchtest keine Kuten, es waren keine Sklaven, die du triebst; und während draußen tausend, tausend bluten — Du schiebst.

Du warst nicht klug. Das braucht man an der Bank, wenn man nur schlau ist, gar nicht mal zu sein. Du hattest ein Depot auf deiner Bank, du hattest manchen Stempelbogenchein — und damit alles. Denn sieh da, die frommen Berliner nehmen gerne, wenn du gibst; es war schon guter Ton, zu dir zu kommen — Du schiebst.

Und Meta rief, und alle, alle kamen: Es kam der Offizier, der Bankkommiss, Herr Schulze kam, und auch erlauchte Namen der Diploma- und Aristokratie. Der junge Leutnant und der Kintoppflege, für die du stets die feine Dame bliebst, gerieten an der Tochter scharf in Dige — Du schiebst.

Ah nein, du ähnelst gar nicht der Therese — der großen Madame Humbert aus Paris — die führte ihre Kundschaf an der Reede, die gab auch nicht, die nahm den goldenen Ries. Berlin, dir zahlst die Kupfern eine Rente, Berlin, hier hast du alles, was du liebst: Die Frau, den Schwarm, die Butter, die Prozente — Du schiebst!

(Theobald Tiger in der „Schaubühne“.)

Notizen.

Theaterchronik. Die am Sonnabend im Kleinen Theater stattfindende Vorstellung des Schönthauschen Schwantes „Der Raub der Sabinerinnen“ beginnt um 7 Uhr.

Die schöne Kubanerin, die erfolgreiche Operette Georg Monowitski und Rag Gabriels, ist jetzt aus der Komischen Oper ins Lustspielhaus übergesiedelt. Bei großenteils neuer Besetzung blieb der Eindruck doch gleich günstig: die Handlung weckt Spannung und die Musik bietet hübsche Melodien. Vor allem gefiel Elise Grassau in der Titelrolle, ihre kräftige Stimme kam zu schöner Entfaltung und ihr Spiel war besetzt. Auch die anderen Rollen waren gut besetzt.

Die neuen Arbeitervorlesungen an der Humboldt-Akademie freie Hochschule beginnen am 19. Februar; es sind die Gebiete: Astronomie, Musik (Weichhorn), Krankenpflege, Geographie, Obst- und Gartenbau, Kunstwissenschaft vertreten; die Gebühr beträgt für jede Vortragsreihe, fünfmal 2 Stunden umfassend, 1 M. An den Sonntagnachmittagen, den 18. Februar und 18. März, abends 6 1/2 Uhr, werden im Dorothienstädtischen Realgymnasium Volkshunst- und Unterhaltungsabende veranstaltet, Karten und Programme in der Neuen Freien Volksbühne, in den Konsumgeschäften, bei Lieg.

Goethe-Vorträge hält an je fünf Abenden Dr. Bruno Wille. Er spricht über den zweiten Teil des Faust am nächsten Montag 8 1/2 Uhr, in der Aula Niederwallstr. 12; über Goethes Gedichte Dienstag 8 1/2 Uhr, Dorothienstr. 12.

Der Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine, die Vereinigung der deutschen Technik und Wissenschaft, die in der Kriegszeit entstanden ist, hat jetzt die Zahl von 80000 Mitgliedern überschritten.

Die „Interalliiertenmarke“. Die Mächte des Jahn- oder Eisenbundes wollen jetzt auch eine „Interalliierten-Briefmarke“ im Werte von 15 Centimes haben; diese Marke soll ausschließlich im Briefverkehr zwischen den den Bund bildenden Staaten benutzt werden. Schon vor dem Kriege wurden zwischen Frankreich und England Verhandlungen geführt über die Einführung einer 10-Centimes-Marke, die im Verkehr zwischen diesen beiden Ländern Geltung haben sollte.

20]

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabriela Zapolska.

Klitzki drückte den Brief an die Lippen. Er antwortete einige Zeilen, nahm die Einladung an und überreichte dem Mädchen den Brief mit einem kleinen Trinkgeld. Juzia ging wieder hinunter. Sie fand sich hier sehr gut zurecht und erinnerte sich der Zeit, als sie vor einigen Monaten als Matresse des Herrn Markowski aus Warschau eingetroffen und heimlich viele Wochen müßig und untätig in diesem Hotel verbracht hatte. Später als Markowski ihre Schlauchheit erkannt hatte, begann er sie für verschiedene Polizeidienste zu benutzen, die Juzia zum Teil befriedigend erledigte.

Eine größere Mission, die ihr jetzt anvertraut wurde, bestand darin, daß sie als Studienmädchen bei Gorskis die Stimmung der Kaufmannschaft für Lagejew ausforschen sollte; denn seit einiger Zeit witterte Markowski einen gährenden Aufruhr.

Juzia ging feufzend an dem Zimmer vorüber, das sie früher bewohnt hatte. Sie wäre gerne zu ihrem untätigen Leben zurückgekehrt, doch war sie ein seltsames Wesen, das sich stets einem fremden Willen fügte.

Klitzki kleidete sich langsam an. Als der Hausdiener ihm die mit vieler Mühe sauber gemachten Sachen brachte, sah er ihn an, daß er noch gern etwas sagen wollte.

„Wünschen Sie was von mir?“ fragte Klitzki.

Der Hausdiener lächelte schüchtern. „Ich möchte ein Glas Tee aus dem Samobar nehmen, nicht für mich... für das arme Geschöpf, das dort in seinem Zimmer mit den Zähnen klappert.“

„Ach, für Rosa Montag!“

„Ja. Sie hat nicht einen Pfennig bei sich, das arme blasse Geschöpf.“

„Aber gern. Nehmen Sie auch von den Brötchen, kaufen Sie Butter und Käse ein, was Sie wollen. Hier ist ein Rubel!“

Der Hausdiener nahm das Geld und schüttelte den Kopf. „Sie dürfen mich aber nicht verraten, sonst würde man mich von hier fortjagen. Dem Wirt und mir ist angefragt worden, ihr nichts zu geben, bis sie sich entschlossen hat, den Polizeimeister zu empfangen.“

„Ich weiß, man hat es mir gesagt! Aber es ist doch eine Schmach, ein Frau durch Hunger zur Schande zu zwingen. Ich habe ich schon zweimal etwas gebracht. Aber ich bin selbst arm und obendrein ein Unit, ein Abtrünniger ihrer Kirche. Wenn ich ihnen aber gehorche, lassen sie mich in Ruhe.“

Klitzki betrachtete die edlen, melancholischen Züge des Mannes, und als dieser leise das Zimmer verließ, versank er in Gedanken.

Heil gekleidet, mit rosigem Glätzchen und goldblondem Haar begrüßte Janla den jungt Klitzki an der Schwelle des Salons.

„Bitte, treten Sie ein, Pap, kommt gleich!“

Sie erichien ihm heute noch schöner. Als er das sonnige, strahlende Mädchen vor sich sah vergaß er die heutige Nacht und all das Grauen, das sich in seinen Augen offenbart hatte. Er sah sie Jankas Hand und küste sie heiß und innig. Sie wehrte sich ein wenig.

„Bapa kommt gleich... lassen Sie, bitte.“

Sie setzten sich an eine runden mit einer Blüschdecke geschmückten Tisch, auf dem ne kostbare Lampe stand. Die ganze Umgebung verriet ihnen soliden Wohlstand. Alte Mahagonimöbel, ein paar schöne, antike Gegenstände, ein Daziger Schreibtisch, e Glaschränken bildeten das trauliche Mobiliar.

„Es ist Ihnen also nichts Böses zugestoßen?“ fragte Janla, die Hände faltend

„Sie sehen mich doch. Ich bin heil und ganz!“

„Gott sei Dank!“

„Was haben Sie im besürchtet?“

„Daß Sie mit ihm in Konflikt geraten sind!“

„Sie meinen die Alzei? Gar so schlimm sind sie gar nicht. Ich habe ja gar keine Nacht mit ihnen verbracht.“

In diesem Augenblick trat Gorski ins Zimmer.

„Die ganze Rad wo?“ fragte er, indem er Klitzki begrüßte.

„Mit der Poliz!“

Gorski schlug die Hände zusammen.

„Jesus Mario und Sie leben?“

„Wie Sie seh!“

Vater und Eter sahen sich erschrocken an.

„Was wollen Sie denn von ihnen?“

„Eine Kleinheit! Ich wollte, daß sie die gestrigen Verbrecher abfallen

„Auch ein Verlangen!“ sagte Gorski, mit den Achseln zuckend.

Sie hätten lieber fordern sollen, daß sie die Sonne auf die Erde herunterschaffen. Seien Sie froh, daß Lagejew Sie nicht gesehen hat.“

„Er hat mich gesehen!“

„Wo denn?“

„Bei sich!“

„Waren Sie auch bei ihm?“

„Ja, in der Nacht. Er spielte Geige und bot mir Tee an. Dann gab er mir Polizisten mit und wir gingen auf den Ball.“

Gorski sah Klitzki mit immer größerem Staunen an.

„Sie sind mutig. Ich wäre um alles in der Welt mit ihnen weder auf den Ball noch zu Lagejew gegangen.“

Juzia erschien leise im Salon.

„Darf ich das Mittagessen reichen?“

Klitzki schien es, als hätte er, seitdem er sich im Salon aufhielt, die Falten ihres Kodes zwischen der geteilten Türportiere gesehen. Gorski sah auf die Uhr.

„Ja, wir wollen essen!“ sagte er, „der junge Herr kommt zwar erst in einer halben Stunde. Aber ich habe einen Vollshunger.“

Janla erhob sich, um ins Speisezimmer zu gehen.

„Run, Frau Wirtin, zeig, was du kannst!“ sagte Gorski lachend.

Janla wurde feuerrot und lief aus dem Salon. Gorski bläkte ihr wehmütig nach.

„Seit dem Tode ihrer Mutter führt sie die Wirtschaft, aber sie ist noch so jung und gedankenlos. Doch ermahne ich sie absichtlich nicht zum Ernst.“

„Dieser Troststun verleiht Fräulein Janla große Anmut.“ sagte Klitzki.

Aber Gorski schüttelte den Kopf.

„Nicht um Anmut handelt es sich, sondern um ihr eigenes Interesse. Ihr Bruder wird gleich kommen. Sie werden ihn sehen. Das ist ein junger Greis. Ein Mensch von achtzehn Jahren, der lacht niemals. Der Junge ist so ernst und traurig, als wenn er eine fürchterliche Last auf den Schultern tragen würde. Sie glauben nicht, wie es mich schmerzt, wenn ich ihn ansehe. Er wird außerhalb erzogen. Ja war stets von meinen Geschäften in Anspruch genommen und die Mutter entwidmete in ihm das Gefühlslieben allzu sehr. Jetzt ist der Junge niedergeschlagen, gläublich und verschlossen.“

(Fortf. folgt.)

# Artilleriekampf bei Armentières, südlich des La Bassée-Kanals, im Sommegebiet — Deutscher Sturmerfolg südlich Ripont in der Champagne — Russischer Angriff bei Vorohodczany.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 16. Februar 1917. (W. Z. S.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich von Armentières, südlich des Kanals von La Bassée und im Sommegebiet war die Artillerietätigkeit bis in die Nacht gesteigert. Aufstellungen feindlicher Infanterie in den Gräben nördlich von Armentières, westlich von Lens und auf beiden Ancre-Ufern wurden von uns unter Vernichtungsfener genommen; Angriffe haben sich daher nicht entwickelt.

### Heeresgruppe Kronprinz.

In der Champagne wurde südlich von Ripont nach wirksamer Vorbereitung durch Artillerie und Minenwerfer ein Angriff von unserer Infanterie mit Ansicht und Schind zu vollem Erfolg durchgeführt. Im Sturm wurden an der Champagne 70 und auf Höhe 185 vier feindliche Linien in 2600 Meter Breite und 800 Meter Tiefe genommen. 21 Offiziere und 837 Mann sind gefangen, 20 Maschinengewehre und 1 Minenwerfer als Beute eingebracht. Unsere Verluste sind gering; der Franzose erhöhte die seinen bei nutzlosen Gegenangriffen, die er am Abend und heute früh gegen die ihm entzogene Stellung führte.

Auf dem Westufer der Mosel wurden bei Vorhöfen von Erkundungsabteilungen 44 Gefangene, meist aus der dritten französischen Linie, zurückgebracht.

Bei Tage und bei Nacht war die beiderseitige Fliegerstätigkeit reger. Die Gegner verloren im Luftkampf, durch Flugabwehrkanonen und Jägerfeuer 7 Flugzeuge.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

### Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Zwischen Dnieper und Dnjester war bei Schneesturm und Kälte nur in wenigen Abschnitten die Gefechtsstätigkeit lebhaft. An der Bystrzyca Solotwinka wiesen unsere Vorposten südwestlich von Vorohodczany einen russischen Angriff ab. An der

Front des Generalsbergr Erzherzog Joseph und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenski ist die Lage unverändert.

## Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

## Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 16. Februar. Abends.

Von keiner Front sind besondere Ereignisse gemeldet.

Amlich. Berlin, 16. Februar. Deutsche Marineflugzeuge griffen am 14. Februar abends wieder den Flugplatz St. Pol bei Dünkirchen erfolgreich mit Bomben an. Einschläge in Flugzeugschuppen und Brand wurden beobachtet. Beim Rückflug war bei Dünkirchen ein starker Feuerschein noch weithin sichtbar. Sämtliche Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 16. Februar 1917. (W. Z. S.) Amlich wird veröffentlicht:

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Dorna Watra wurde ein russischer Angriff durch Sperrfeuer vereitelt, an der Bystrzyca Solotwinka ein feindlicher Petroullkewitsch abgewiesen.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Ein französisches Regiment mit Artillerie griff von Darna aus die westlich dieses Ortes stehenden österreichisch-ungarischen Grenzjägerkompagnien und Albanerformationen an. Unsere Truppen gingen, ohne es auf ein stärkeres Gefecht ankommen zu lassen, auf ihre Höhenstellungen zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Döcker, Feldmarschallleutnant.

## Die Vorgänge an der Tigrisfront.

Konstantinopel, 14. Februar. Amlicher Bericht vom 14. Februar.

An der Tigrisfront nahm der Feind in der Nacht vom 13. Februar unsere Stellungen südlich des Tigris unter heftiges Artilleriefeuer. Zwei Barken, die der Feind auf einen Kanal nach dem Tigris lenken wollte, wurden durch das Feuer unserer Beobachtungsposten gezwungen, sich zu entfernen. Am Morgen des 13. Februar steigerte der Feind abermals sein Artilleriefeuer und näherte sich unseren Stellungen mit Infanterie und abgefeilter Kavallerie, ohne indessen zum Angriff überzugehen. An den anderen Fronten hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Konstantinopel, 15. Februar. Amlicher Heeresbericht.

Tigrisfront: In der Nacht zum 13. Februar nahm der Feind unsere an Tigris gelegenen Stellungen unter heftiges Artilleriefeuer. Feindliche Infanterie, welche einen Angriff gegen unsere rechten Hügel ausführte, wurde vollständig abgewiesen, als sie sich noch 200 Meter vor unseren Stellungen befand. Zwei durch zwei Batterien verstärkte feindliche Reiterregimenter griffen erfolglos am Morgen des 13. Februar die Sicherungsabteilungen unserer rechten Flügel an. Der Feind setzte sein Artilleriefeuer gegen unsere auf dem südlichen Tigrisufer gelegenen Stellungen fort. Am gleichen Tage griff die feindliche Infanterie nach heftigem vorbereitendem Artilleriefeuer unsere linken Hügel an, wurde aber zurückgeschlagen. Kaukasusfront: Vorführende starke Erkundungsabteilungen gegen unsere linken Hügelabschnitt blieben erfolglos. An den anderen Fronten kein Ereignis von Belang.

Der Stellvertreter des Osmanische Oberbefehlshaber.

## Die Blockade Griechenlands dauert fort.

Athens, 16. Februar. (Z. U.) Die griechische Presse richtet wegen der Fortdauer der Blockade heftige Angriffe gegen die bisherigen Vertreter Griechenlands in London und Paris, die zur Demission gezwungen waren. Die Entente verweigert die Aufhebung der Blockade mit der Begründung, daß die im Ultimatum der Entente enthaltenen Forderungen seitens Griechenlands in unbefriedigender Weise zur Ausführung gelangen.

Bern, 16. Februar. Einer Athener Meldung des „Corriere della Sera“ zufolge hält sich von den Vertretern der Entente nur der italienische Gesandte Sordani mit den italienischen Behörden in Athen auf. Die Gesandten Englands, Frankreichs und Russlands dagegen kommen zwar häufig nach Athen, um mit der Regierung zu konferieren, wohnen aber samt dem Gesandtschaftspersonal auf den bei Salamis verankerten Schiffen. In Bezug auf die Verlängerung der Blockade glaubt die Bevölkerung, daß die Entente durch das Hungergeld eine Kufsednung gegen den König hervorzurufen wolle und damit rechne, daß die Bevölkerung dann Venizelos als Befreier zurückverlangen würde. Wie der Berichterstatter hinzufügt, wächst aber durch die Blockade nur die verhaltene Wut gegen die Venizelisten.

## Das Kriegsziel der Türkei.

Der neue Großwesir Talat Pascha gab am Montag in der Kammer eine längere Erklärung über das Programm des neuen Kabinetts ab, in der es heißt: Unsere Feinde, die uns unser Dasein mißgönnen, erklären ihren Willen, uns tief nach Anatolien zurückzutreiben und uns aus Konstantinopel und den Meerengen zu entfernen. Auf diese lächerlichen Drohungen unserer Feinde, die an den Dardanellen gescheitert sind, antworten wir: Wir geben Konstantinopel nicht preis, solange es noch einen einzigen Osmanen gibt. (Lebhafte Beifall.) Wir werden in diesem riesigen Kampfe in enger und aufrichtiger Waffenbrüderschaft mit unseren tapferen und siegreichen Verbündeten verharren und ohne vor einem noch so großen Opfer zurückzuschreden, aushalten, bis wir unsere Feinde zwingen, unsere Daseinsberechtigung anzuerkennen. Das ist unser Ziel, soweit es den Krieg anbetrifft. (Beifall.) Nach der Rede Talat Paschas sprach die Kammer dem neuen Kabinetts ihr Vertrauen aus.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Botschafter Graf Bernstorff auf der Heimfahrt. Die Standbambien-Amerikaner teil mit; Unser New Yorker Vertreter

melde, daß der Dampfer „Frederik VIII.“ Donnerstag, den 15. Februar, mit 611 Reisenden, davon 292 Angehörigen der deutschen Botschaft mit Gefolge, von New York abgegangen ist.

Heeresbudgeterhöhung in Italien. Die „Gazetta Ufficiale“ verkündet eine Erhöhung des Heeresbudgets des laufenden Jahres um 550 Millionen und des Marinebudgets um 50 Millionen.

Die Steigerung der englischen Munitionserzeugung. Munitionsminister Addison sagte in Bedford, wenn man die durchschnittliche wöchentliche Produktion der letzten Feldmunition vom Juli 1915 bis Juni 1916 mit der der letzten Woche des Januar 1917 vergleicht, so verhalte sich die Zahl wie 8½ zu 22, für die mittelschweren Geschütze sei das Verhältnis 7½ zu 78, für schwere Geschütze 22 zu 385.

## Letzte Nachrichten.

### Der erfolgreiche Sturm bei Ripont.

W. Z. S. Berlin, 16. Februar. Die Kämpfe südlich von Ripont spielten sich auf dem gleichen Gelände ab, wo Joffre im Herbst 1915 aber Tausende seiner Soldaten in nutzlosen Angriffen opferte. Mit ihrem letzten Sturmangriff am 15. Februar haben die deutschen Truppen die Franzosen auf der Höhe 185 aus einem nahezu 1000 Meter tiefen und über 2½ Kilometer breiten Grabensystem geworfen, das die Franzosen seit dem 25. September 1915 behaupteten und mit allen Erfahrungen der Feldbefestigungen und Kampfmitteln aller Art außergewöhnlich stark ausgebaut hatten. Außer einer großen Anzahl an Gefangenen, Toten, Verwundeten und Maschinengewehren übte der Franzose sehr wichtige Beobachtungsstellen ein.

Mit dem anbrechenden Tage nahmen die deutschen Geschütze die Arbeit auf. Bei herrlichem klarem Wetter leisteten Fliegergeschwader und Beobachter der Artillerie und Minenwerfer das deutsche Feuer, das, bis ins Kleinste vorbereitet, in kurzer Zeit die feindlichen Stellungen in Trümmer trommelte und erfolgreich die französische Artillerie niederbrang. Die französischen Drahtverhau wurden weggefeuert, Unterstände von schweren Granaten und Minen durchschlagen und ganze Grabenschnitte zermalmte. Mit den angelegten Sekunden verließen die deutschen Sturmtruppen die Gräben und überannten in unüberstehlichem Anprall vier Divisionen der französischen Stellung. In einzelnen Punkten wurde mit Handgranaten, Bajonet und Kolben erbittert gerungen. Abgeschnitten durch das deutsche Feuer, dezimiert, verschüttet in Gräben und Unterständen, mußten die Franzosen sich gruppenweise ergeben. Bei dem vollen Erfolge der zarten Feuerberechtigung waren die deutschen Verluste gering. Französische Gegenangriffe, die am Abend und am folgenden Morgen zur Wiedereroberung der verlorenen Höhe vorgetragen wurden, brachen unter schwersten feindlichen Verlusten zusammen.

### Das Werk der U-Boote.

London, 16. Februar. Reutermeldung. Der englische Dampfer „Kyanite“ und das Fischerfahrzeug „Belvoircastle“ sind gesunken.

London, 16. Februar. Klond meldet: Der englische Dampfer „Langcar“ (2777 Br.-R.-T.), das Fischerfahrzeug „Mary Bell“ und der englische Segler „Berch Roy“ sind versenkt.

London, 16. Februar. Reutermeldung. Der englische Dampfer „Greenland“ wurde versenkt, die Besatzung wurde gerettet.

Bern, 16. Februar. „Antarktis“ meldet aus Solothurn: Im Angesicht der Küste wurde ein Dreimastker durch ein deutsches U-Bootversenkt.

### Englische Ein- und Ausfuhrbeschränkungen.

London, 16. Februar. (Reutermeldung.) „Daily Mail“ erfährt, daß die Einfuhr aller Luxusartikel vollständig verboten und daß die Einfuhr verschiedener Güter wie Baumaterial, Holz und Papier auf ein Mindestmaß beschränkt werden soll.

### 10½ Milliarden französische Kriegskredite.

Paris, 16. Februar. Meldung der Agence Havas. Finanzminister Ribot legte der Kammer einen Gesetzentwurf vor über die Bewilligung provisorischer Kredite für das zweite Bieterrjahr 1917, und zwar von 9574 302 000 Fr. für das allgemeine Budget und von 996 710 702 Fr. für den Nachtragsetat.

### Verzweifelte Anstrengungen des französischen Schiffbaus.

#### Das Rohmaterial ist aber noch nicht da!

Bern, 16. Februar. Der französische Unterstaatssekretär der Handelsmarine Rail erklärte Vertretern von Reedern und Werftbesitzern, die Regierung werde an die Schiffswerften im Laufe des Jahres Rohmaterial zur Herstellung von Handelsschiffen gelangen lassen. „Petit Parisien“ erfährt hierzu, daß wahrscheinlich fünf große Frachtdampfer im Laufe des Jahres fertiggestellt, neun weitere auf Kiel gelegt und mit den Vorarbeiten für eine Anzahl kleinerer Handelsschiffe begonnen werden kann. Hierdurch werde den Klagen der Reeder Folge gegeben, daß infolge der Torpedierungen und des Brachliegens der Werften die französische Handelsmarine langsam dahinschwände. Fünf ganze Neubauten in einem Jahre werden dies Dahinschwenden kaum merklich aufhalten!

### Schlechter Stand der französischen Enten.

Bern, 16. Februar. Die französische Blätter melden, ist nach Schätzungen vom 1. Februar 1917 der Stand der Ausfaaten nicht zufriedenstellend. Die Ausfaat bleibt beträchtlich hinter der Ausfaat des Vorjahres zurück, nur in vier Departementen Südfrankreichs kann die Lage als günstig bezeichnet werden. Amlich wird erklärt, daß große Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Frühjahrsausfaat intensiver zu gestalten, da sonst ein großer Ausfall gegen die bereits unter Durchschnitt gebliebene Ernte des Vorjahres zu erwarten sei.

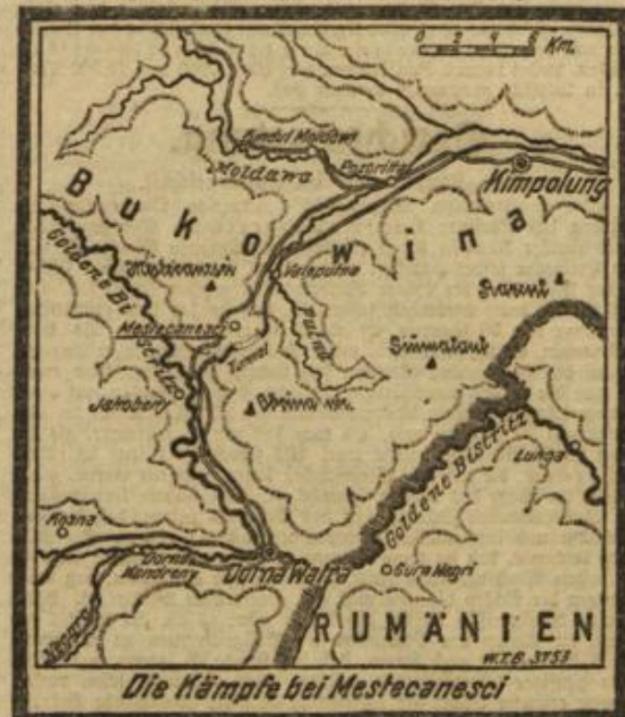
### Südafrikanische Eroberungsziele.

Amsterdam, 16. Februar. Einem hiesigen Blatt zufolge erfährt „Times“ aus Kapstadt, daß General Smuts Montag dort angekommen ist und mit Begeisterung empfangen wurde. In einer Rede in der Stadthalle jagte Smuts, Südafrika habe sich durch seine Teilnahme am Kriege das Recht erworben, über die in Afrika existierenden Gebiete mit zu entscheiden. Niemand könne noch sagen, was mit Deutsch-Ostafrika geschehen werde, aber Südafrika werde dabei mitzureden haben. Unendlich viel mehr Interesse hätte die Union an Deutsch-Südwest. Die Nationalisten behaupteten, Südafrika ginge der Krieg, in den England verwickelt worden sei, nichts an. Dies sei aber nicht richtig. Ein deutscher Sieg würde für Südafrika ernste Gefahren mit sich bringen.

die dort weit verbreitet worden sind, als seien die Deutschen in den Vereinigten Staaten gefangen gesetzt, und als ob deutsches Eigentum beschlagnahmt worden sei. Der Präsident hat erklärt, daß alle fremden Rechte in jedem Sinne geschützt werden sollen.

## Die Kämpfe im Mestecanesci-Abschnitt.

Der russische Bericht vom 14. Februar meldet von der rumänischen Front: Am Tage des 12. Februar griffen die Deutschen nach starker Artillerievorbereitung mit großen Streitkräften unsere Stellung beiderseits der Straße Jakobeni-Kimpolung an und bemächtigten sich nach einer Reihe von Angriffen einer Höhe vier Werst östlich von Jakobeni. An der übrigen Front wurden alle Angriffe abgeköpft. In der Nacht zum 13. Februar unternahm unsere Truppen einen Gegenangriff, vertrieben in erbittertem Kampfe, der die ganze Nacht dauerte, die Deutschen von der Höhe und stellten die Lage wieder her. Sie machten 7 Offiziere und 156 deutsche Soldaten zu Gefangenen. In diesem Kampfe wurde der tapfere Regimentskommandeur Oberst Koffinensko getötet. Am 13. Februar ergriff der Feind nach starker Artillerievorbereitung von neuem mit überlegenen Kräften beiderseits der Straße Jakobeni-Kimpolung die Offensive. Nach dem ganzen Tag andauerndem Kampfe bemächtigte sich der Feind zweier Höhen vier Werst östlich von Jakobeni. Unsere Truppen wichen einen Werst zurück und besetzten Höhen fünf Werst östlich von Jakobeni, wo sie sich besetzten. In den übrigen Abschnitten der rumänischen Front Feuerwechsel und Aufklärungsversuche.



Die Kämpfe bei Mestecanesci

An der Saleputna-Straße, die sich in mannigfachen Windungen über den Mestecanesci-Berg hinzieht und das Tal der Putna mit der Goldenen Brücke verbindet, tobten schon seit langer Zeit erbitterte Kämpfe, in denen die Russen sich vergeblich bemüht, den Vorübergang in ihre Hände zu bekommen und bis Dorna Watra vorzubringen. Selbst der Tunnel der Eisenbahn ist zu einem Kampfschauplatz geworden, er ist mit Sprengstoffen gefüllt und wird durch Artillerie verteidigt. In heldenmütigen Ansturm ist es den Oesterreichern gelungen, sämtliche Vorteile, welche die Russen in monatelangen Kämpfen allmählich davongetragen hatten, mit einem Schlage wieder zurück zu machen.

## Attentat auf den russischen Marineminister.

Kopenhagen, 16. Februar. „Berlingske Tidende“ erfährt aus Petersburg, daß auf den Marineminister Grigorowitsch auf der Straße ein Revolverattentat verübt worden sei. Zwei unbekannte Männer hätten den Minister angegriffen, dieser sei aber selbst bewaffnet gewesen, und durch sein kühnblütiges Auftreten sei es ihm gelungen, die Täter zu verjagen, die unerkannt entkommen seien.

# Gewerkschaftliches.

## Tarifverträge und Hilfsdienstgesetz.

Das Hilfsdienstgesetz hat in den auf Grund des § 9 errihteten Schlichtungsausschüssen Organe geschaffen, denen es obliegt, Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schlichten. Eine Vorschrift, nach der sich die Schlichtungsausschüsse an die Bestimmungen der bestehenden Tarifverträge zu halten haben, besteht nicht. Bei der Zusammenfassung der Schlichtungsausschüsse ist das im allgemeinen auch kaum möglich, denn bei dem, für den Fernstehenden oft schwer verständlichen Inhalt der Tarifverträge und der Umständen der Praxis und der früheren Entscheidungen der vertraglichen Schlichtungsinstanzen, ist es ganz unmöglich, daß andere Organe als diese im Sinne des Tarifvertrages Recht sprechen. Wollte man für die, dem Hilfsdienstgesetz unterstehenden Betriebe die tariflichen Schlichtungsinstanzen ausschalten, dann würde der unerwünschte Zustand eintreten, daß in gleichgelagerten Fällen, je nach der angelernten Stelle, verschiedene Entscheidungen gefällt werden. Dadurch würde das einheitliche Recht, welches die Tarifverträge schaffen, und würden damit auch die Tarifverträge selbst gefährdet.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, hat der Vorstand des Holzarbeiterverbandes gemeinsam mit dem Vorstand des Unternehmerverbandes eine Eingabe an das Kriegsamt gerichtet. In ihr wird nicht nur um die Anerkennung der vertraglichen Schlichtungskommissionen an Stelle der Schlichtungsausschüsse nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes gebeten, sondern zugleich erklart, daß sich auch die Feststellungs- und die Einberufungsausschüsse gegebenenfalls von den Vertretern der organisierten Unternehmer und der Arbeiter deren Rat und Gutachten einholen. Die Zentralvorstände der beiderseitigen Organisationen stellen sich dem Kriegsamt zu Auskünften in Berufsfragen jederzeit zur Verfügung. In der Eingabe heißt es, das Kriegsamt möge seine Zustimmung erteilen und die nötigen Anweisungen erlassen, daß

1. vor den Entscheidungen über Einstellung von Betrieben und Verpflanzung von Arbeitern des Holzgewerbes sowohl die Ausschüsse bei den General同盟mandos als auch die Besondereinstanz bei dem Kriegsamt Vertreter der organisierten Arbeitgeber und Arbeiter des Holzgewerbes gutachtlich zu Rate ziehen.
2. zum Schutze der bestehenden Tarifverträge im Holzgewerbe die Vorschriften des § 10, Abs. 3 des Gesetzes auf die Schlichtungsorgane der Tarifverträge angewendet wird, so daß die örtlichen Schlichtungskommissionen des Holzgewerbes an die Stelle der im § 9 des Gesetzes vorgesehene Ausschüsse treten. Die Antritte der gesetzlichen Ausschüsse zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten soll erst dann zulässig sein, wenn durch die eigenen Tarifinstanzen des Gewerbes keine Einigung erzielt worden ist. Die Schlichtungskommissionen des Holzgewerbes haben sich zu diesem Zweck je bei dem Vorsitzenden des für ihren Teil zuständigen Ausschusses anzumelden;
3. die in § 9 des Gesetzes vorgesehene Ausschüsse allgemein, also auch in den Orten, wo keine tarifliche Schlichtungskommission besteht, errichtet werden, bei der Erledigung von Streitigkeiten, die Angehörige des Holzgewerbes betreffen, die zwischen den zentralen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter des Holzgewerbes getroffenen Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beachten.

Es handelt sich hier um Fragen, die nicht nur das Holzgewerbe, sondern mehr oder weniger alle Gewerbe mit tariflich geregelten Arbeitsbedingungen betreffen. Den Organisationen des Baugewerbes sind in Verhandlungen, die mit dem Kriegsamt gepflogen wurden, bereits ähnliche Zugeständnisse gemacht. Die Eingabe der Organisationen des Holzgewerbes wird hoffentlich allgemein zu regeln. Das Bedürfnis hierfür liegt vor und verschiedene Entscheidungen von vorläufigen Schlichtungsausschüssen, die nicht im Sinne der Tarifverträge gefällt wurden, lassen eine Regelung, die das Recht der Tarifverträge sicher, recht dringend erscheinen.

### Berlin und Umgegend.

Für den „Vorwärts“. Eine am Donnerstag abgehaltene Branchenversammlung der Drechsler war durch die Branchenleitung im Interzitat des „Vorwärts“ angezeigt worden, abgesehen nach einem Generalversammlungsbeschluss der Berliner Jachtstelle des Holzarbeiterverbandes die Verantwortungen der Jachtstelle im „Vorwärts“ nicht mehr angezeigt werden sollten. Die Branchenleitung der Drechsler führte in der Branchenversammlung zur Rechtfertigung ihres Verhaltens aus: Sie habe durch Aufgeben des Inserats nicht etwa gegen den Generalversammlungsbeschluss Stellung nehmen wollen, auch nicht zu den polnischen Meinungsverschiedenheiten, die zu dem „Vorwärts“-Broschüre Veranlassung gegeben haben. Die Branchenleitung ist der Meinung, es sei im eigenen Interesse der Kollegen notwendig, daß sie über die Vorgänge in ihrem Beruf unterrichtet werden. Das könne in wirksamer Weise nur durch den „Vorwärts“ geschehen, der doch das einzige Arbeiterblatt in Berlin sei. Was man im übrigen dem politischen Standpunkt aus für oder gegen den „Vorwärts“ einzuwenden habe, komme hierbei nicht in Betracht.

Die Versammlung billigte das Verhalten der Branchenleitung.

### Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der R. A. G. ist der Dreher 2. mit einem Stundenlohn von 1,40 M. beschäftigt. Da dies vom Dreher als nicht auskömmlich angesehen wird, wünscht er seinen Kriegsausschuss. Es erfolgt eine Verhandlung auf der Grundlage, daß R. anstatt wie bisher im Lohn, in Zukunft in Accord arbeiten soll, um auf diese Weise mehr zu verdienen. 1,40 M. wird vom Kriegsausschuss als nicht ausreichender Verdienst bezeichnet.

Der Bauhilfsarbeiter L. ist bei der Firma G. W. R. u. Co. beschäftigt. Da A. einen zu geringen Lohn erhält, wird ihm der Kriegsausschuss erteilt.

15. Mechaniker der Firma R. u. G. wünschen eine Lohnverbesserung. Verhandlungen im Betrieb hatten kein befriedigendes Ergebnis. Der Kriegsausschuss macht den Vorschlag, daß die Mechaniker sofort 4 Pf. pro Stunde Zulage erhalten, in acht Tagen weitere 4 Pf., und nach weiteren 8 Tagen nochmals 2 Pf. Eine andere Gruppe von Mechanikern derselben Firma erhalten nach dem Vorschlag des Kriegsausschusses sofort 4 Pf. Zulage. Eine Gruppe derselben Firma, die gleichfalls Zulage wünschen, erhalten nach dem Vorschlag des Kriegsausschusses sofort 4 Pf., in 14 Tagen nochmals 4 Pf., und in weiteren 14 Tagen nochmals 2 Pf. Zulage.

Der Maurer P. von der Firma B. u. R. will einen Kriegsausschuss, weil er bei seinem derzeitigen Verdienst seinen Verpflichtungen nicht gerecht werden kann. P. ist aus Bremen und hat dort seine Frau und ein Kind. Vier andere Kinder sind in Hamburg bei seiner Mutter, und da er selbst in Berlin arbeitet und wohnt (P. ist Reklamierter) ist es ihm unmöglich, mit seinem Verdienst auszukommen. P. möchte nach Hamburg, um wenigstens einen Haushalt zu sparen. Die schwierige Lage des Maurers P. wird vom Kriegsausschuss aner-

kannt und erhält er zweifels Arbeitsannahme in Hamburg seinen Abschied.

Von der Firma Sch. in M. erscheint eine Kommission namens aller im Betrieb Beschäftigten und wünscht Verbesserung sowie anderweitige Regelung der Dienstverhältnisse. Da die Sache äußerst kompliziert ist und es sich um mehrere tausend Arbeiter handelt, wird zur Regelung der ganzen Angelegenheit ein besonderer Termin für die nächste Lage festgesetzt.

Der Techniker J. von der Firma M. wünscht einen Abschied, um anderweitig eine ihm besser scheinende Stelle anzunehmen zu können. Der Anspruch des Technikers auf mehr Gehalt wird anerkannt, der Vertreter der Firma sagt zu, diesem Anspruch entsprechend dem Techniker mehr Gehalt zu geben. Ein Abschied wird nicht erteilt.

Von der Firma R. M. erscheint eine Kommission der Werkzeugmacher und wünscht namens der bei der Firma beschäftigten Werkzeugmacher und Werkzeugmacher eine Lohnverbesserung. Es handelt sich um 10 Mann. Es erfolgt eine Verhandlung auf der Grundlage, daß eine Lohnverbesserung von 10 Pf. pro Stunde für alle Beteiligten zugestanden wird. Die Kommission soll dies ihren Kollegen unterbreiten und, falls damit die Sache nicht als erledigt betrachtet wird, soll nochmals verhandelt werden.

Von der Firma Sch. u. B. erscheint eine Kommission, die namens des gesamten Betriebes (etwas über 100 Mann) eine Teuerungszulage fordert. Es erfolgt eine Verhandlung auf der Grundlage, daß sofort 10 Pf. pro Stunde Teuerungszulage gezahlt wird und ab 1. April 1917 nochmals 5 Pf. Der Einstellungslohn der im Betrieb beschäftigten Frauen wird um 5 Pf. pro Stunde erhöht.

Eine Kommission der Zinkgießer und Stürzer wünscht im Auftrage aller in Berlin beschäftigten Zinkgießer und Stürzer eine Bezahlung der Zeit, die sie im Betrieb wegen Mangel an Kohle oder Zink oder aus sonstigen Ursachen nicht arbeiten können. Die Vertreter der Firmen tragen die Schwierigkeiten vor, unter denen die Zinkgießereien leiden. Es wird schließlich vom Kriegsausschuss der Vorschlag gemacht, daß, nachdem man sich zunächst darüber verständigt hat, daß der Anspruch der Zinkgießer nicht unberücksichtigt ist, durch weitere Verhandlungen der Kommission mit den Vertretern der Firmen eine Grundlage für eine endgültige Regelung dieser Angelegenheit gesucht werden soll. Erst wenn das nicht gelingt, soll sich der Kriegsausschuss nochmals mit der Sache beschäftigen.

Der Maschinenarbeiter M. von der Firma N. in Treptow befragt den Kriegsausschuss, weil die Firma die reguläre Arbeitszeit von 51 auf 45 Stunden pro Woche herabgesetzt hat. Da die Firma eine Entschädigung sowie überhaupt jedes Entgegenkommen bezüglich des Ruderverdienstes des Arbeiters ablehnt, erhält M. den Schein.

Der Mechaniker L. ist der Firma S. u. S. Siemensstadt, vom Militär überwiesen. Die Familie ist in Kassel und verlangt L. den Schein, um in Kassel bei einer Firma, bei der er früher beschäftigt war, auf Kriegsarbeit in Arbeit treten zu können. Um diese Möglichkeit zu schaffen, will sich die Firma mit der Firma in Kassel in Verbindung setzen, um durch einen Austausch L. Gelegenheit zu geben, in Kassel zu arbeiten.

Dem Einrichter K. von der Firma S. u. S. Siemensstadt, war in der Sitzung des Kriegsausschusses vom 1. Februar eine nachzuschickende Lohnverbesserung von 5 Pf. pro Stunde zugesprochen. Diese Zusage hat die Firma nicht erfüllt. In der erneuten Verhandlung vom 8. Februar erklärt die Firma sich bereit, die Zusage vom 1. Februar zu erfüllen. Für den am 8. Februar entgangenen Arbeitsverdienst, der ohne Verschulden des K. eingetreten ist, wird außerdem die Firma zur Entschädigung verpflichtet. Damit wird die Angelegenheit als erledigt angesehen und die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nur unter dieser Voraussetzung gebilligt.

Der Mechaniker G. von der Firma W. in Charlottenburg verlangt den Kriegsausschuss, weil sein bisheriger Verdienst von 80 Pf. pro Stunde ungenügend sei. Der Kriegsausschuss hat den Lohn sofort um 10 Pf. und innerhalb eines Vierteljahres um weitere 10 Pf. zu erhöhen. Damit sind beide Teile einverstanden.

Der Schlosser F. von der Firma Sch. u. S. verlangt den Kriegsausschuss, weil sein Verdienst als Einrichter von 1,20 M. nicht auskömmlich ist. Es wird festgestellt, daß die der Firma vom Militär überwiesenen Arbeiter mit 30 Pf. pro Stunde weniger entlohnt werden als die Arbeiter, die die Firma sonst einstellt. Der Kriegsausschuss mißbilligt ein beratendes Verfahren ausdrücklich und verlangt von der Firma, daß sie dem Einrichter F. den gleichen Lohn zahlt wie den übrigen. Dies lehnt die Firma ab. Ebenso lehnt sie die Erteilung des Scheins ab, worauf der Kriegsausschuss ohne weiteres den Schein zuspricht.

## Aus der Partei.

### Erklärung.

Parteienossen! Die Stellungnahme der Genossen Bengels und Zieg zu den Streitfragen innerhalb der Partei hat die Arbeit des Parteivorstandes seit langer Zeit wesentlich erschwert. Jetzt ist ein Zusammenarbeiten mit ihnen absolut unmöglich geworden. Die Parteileitung wäre zu vollkommener Ohnmacht berurteilt, wenn es ihnen bei einer Beschlussfassung in der Rinderheit geliebten Mitgliedern freigestellt wäre, auf eigene Faust zu handeln und gegen beschlossene Kundgebungen öffentlich Stellung zu nehmen.

Gegen den Aufruf des Parteivorstandes vom 22. Januar 1917 haben die genannten Genossen sich öffentlich in der Presse erklärt.

Weiter: Das Verhalten des Parteivorstandes in der „Vorwärts“-Angelegenheit beruhte auf einem körperlich gefahnten Beschluss. Nachdem die früheren „Vorwärts“-Redakteure gegen alle Mitglieder des Parteivorstandes einen Prozeß angestrengt haben, beschloß der Parteivorstand, einen Rechtsanwalt mit seiner Vertretung in diesem Prozeß zu betrauen. Auch diesem Beschluss fügten die Genannten sich nicht, sondern bestellten für sich einen besonderen Anwalt, der sie im Sinne der Kläger gegen den Parteivorstand vertritt.

Dies Verhalten der Genannten würde vollauf genügen, ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihnen abzulehnen. Es kommt hinzu, daß beide sich auf den Boden der „Arbeitsgemeinschaft“ stellen und Organisationen angehören, die der Sozialdemokratischen Partei nicht angeschlossen sind.

Aus diesen Gründen hat der Parteivorstand am 15. d. Mts. beschlossen, ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Genossen Bengels und Zieg im Parteivorstand abzulehnen.

Berlin, den 16. Februar 1917.

Parl. Brauns, Ebert, Gerich, Wolfenduh, Müller, Pfannsch, Scheidemann, Weiss.

## Aus Industrie und Handel.

### Eine schlesische Messe.

Eine von der Pignier Handelskammer einberufene Versammlung von etwa 60 Industriellen hat sich mit dem Plan einer schlesischen Messe, von der erwartet wird, daß sie dem schlesischen Wirtschaftsleben durch Handelsbeziehungen mit dem Oben (Polen) und dem Süden (Oesterreich-Ungarn und Italien) nach dem

Kriege neuen Aufschwung verschaffen werde. Von der Stadt Breslau sei die Vergabe von Plätzen und Bauflichkeiten zu erwarten. Ein Wettbewerb mit der Leipziger Messe sei nicht beabsichtigt, solange auch nicht in Frage, zumal für Breslau ganz andere Vorkriegsgruppen im Vordergrund stehen. Von diesem läme nur allem in Betracht die Bekleidungsindustrie, die Möbelindustrie und die Beschäftigten, die sich mit Wohnungsaufstellungen befassen, die Nahrungsmittelgewerbe und die Gewerbegebiete, die landwirtschaftliche Bedarfsgegenstände liefern. Zur Durchführung des Gedankens sei die Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung geplant, die Anteilnahme seien auf einen Mindestbetrag von 1000 M. oder das Mehrfache davon festgesetzt worden. Der Vorsitzende der Pignier Handelskammer, Bankier Karl Selle, stellte fest, daß sich vorläufig etwa 30 Firmen aus dem Pignier Handelskammerbezirk an den geplanten, jährlich etwa zweimal wiederkehrenden Ausstellungen in Breslau zu beteiligen bereit erklärt haben.

### Die Zukunft des deutschen Handels.

Professor Dr. Franz Eulenburg führte im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller aus:

Dem Wirtschaftskrieg, den unsere Feinde nach Beendigung des Waffenkampfes gegen uns zu führen beabsichtigen, stehen wir durchaus nicht machtlos gegenüber. Auch darf damit gerechnet werden, daß sich das Programm der Pariser Wirtschaftskonferenz nicht ohne weiteres wird durchzuführen lassen. Inzwischen werden wir nach dem Kriege auf ein Erstarren der Schutzollbewegung zu rechnen haben, die ihre Wurzel sowohl in den finanziellen Bedürfnissen der kriegsführenden Staaten wie auch in den nationalen Tendenzen findet.

Demgegenüber hält Professor Eulenburg die Hoffnungen, die sich an eine Abschließung mit möglichst Selbstgenügsamkeit knüpfen, wie sie von mancher Seite im Zusammenhang mit einem Wirtschaftsbündnis zwischen uns und unseren Verbündeten vorgeschlagen wird, für recht düster. Deutschland kann sich künftig nicht einperlen. Es braucht Nahrungsmittel im Werte von 3 Milliarden aus dem Ausland, vor allem Futtermittel, die ihm auch eine etwaige Angliederung von Rußland und Island nicht gewähren könnte. Es braucht ebenso Rohstoffe aus aller Herren Länder: Baumwolle, Wolle, Jute — Eisenerze, Holz, Kupfer, Antschuf, Leder. Es braucht aber auch eine starke Fabrikatenausfuhr, einmal als Gegenwert gegen den Bezug notwendiger Waren, sodann, weil unsere auf Spezialisierung eingerichtete Großindustrie nur durch Überschuss des Weltmarktes bestehen kann. Die veränderte Handelspolitik wird uns Ersparnisse schaffen. Aber einmal lassen sich im Ausland nicht neue Industrien aus dem Boden stampfen, auch nicht in England; es ist mühsam Zeit für die neue Anpassung geben. Sodann ist die Kapazität jedes Landes eine begrenzte: wenn England weiter die Baumwolleindustrie pflegen will, so wird es nicht gleichzeitig die Stahl-, chemische und elektrische Industrie bearbeiten können. Endlich aber sind in anderen Ländern neue Reichtümer entstanden: Skandinavien und Holland, Schweden und Spanien, Japan und die Vereinigten Staaten sind reicher geworden und können dadurch stärkere Nachfrage entsenden. Sie mögen für manche Verluste Ersatz bieten. Als Land der Mitte hatte Deutschland vor dem Kriege zwei Fünftel der Einfuhr und drei Fünftel der Ausfuhr mit dem kontinentalen Europa. Dieser Handel kann ihm kaum gewonnen werden. Rußland, Italien, die Schweiz, Skandinavien, aber auch Frankreich und England sind nun durch das Moment der Nachbarschaft einmal mit uns verbunden. Die Eroberung dieser Märkte durch andere ist nicht sehr wahrscheinlich. Dagegen wird man „Mittelamerika“ kaum überschätzen dürfen: wir beherrschten bisher auch schon den österrömisches-ungarischen Markt und würden durch eine Vervollständigung nur geringe Vorteile haben. Der Balkan und die Türkei haben aber einstelligen zu geringe Ausfuhr, um stark ins Gewicht zu fallen. Ähnlich dürfte es mit dem asiatischen Markt stehen. Von größter Bedeutung sind aber die Ansichten, die sich für und in Südamerika erheben.

Damit der deutsche Handel jedoch als diese Möglichkeiten entsprechend ausnützen kann, wird eine weltweite Handelspolitik nötig sein, die in den Friedensbedingungen die Weltökonomie durchsetzt.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Eine neue Handelskammer, deren Aktienkapital auf 10 Millionen Mark bemessen ist, ist unter der Firma Pommernwerft Aktiengesellschaft mit dem Sitz Berlin gegründet worden. Die Gründer haben sich am Großschiffbauweg Steintor-Schwimmende ein Gelände mit einer Wasserfront von 750 Metern und einem Flächeninhalt von circa 24 Hektar gesichert. Das neue Unternehmen wird sich in der Hauptsache mit dem fernweiligen Bau von Handelskisten befassen, wobei vorerst Schiffstypen von 4000, 7000 und 10 000 Tonnen in Aussicht genommen worden sind.

## Berichtszeitung.

### Die „Zauberwaage“ im Buttergeschäft.

Eine merkwürdige Wiegeschichte unterlag Donnerstag der Prüfung des Berliner Kaufmannsgerichts. Die gegen den Butterhändler Komolla Klage erhebende Verkäuferin Kartha K. war vom Beklagten sofort entlassen worden, weil sie in zahlreichen Fällen bei der Abmessung der Butter Rindergewicht gegeben haben soll. Ein Architekt G. hatte wiederholt festgestellt, daß an der ihm zulehrenden Restmenge von 90 Gramm 30 bis 25 Gramm fehlten. Als seine Wahnungen, richtig zu wiegen, nichts fruchtete, erstallerte er Anzeige, worauf die Polizei eine Revision des Ladens vornahm. Hier ergab sich nun die vorerst ungeläutete Tatsache, daß das soeben auf einer anderen Waage gewogene Butterquantum von 85 Gramm auf der Geschäftswaage 90 Gramm wog. Es war das um 5 Pf. fettamer, als die Waage vorchriftsmäßig geeicht war. Als jedoch die beiden Waagen zu decken, die auf den Wiegeschalen lagen, entfernt waren, zeigte plötzlich die Waage das richtige Gewicht an. Eine nähere Untersuchung der Waagestüben führte nun das Ergebnis zutage, daß die eine durchsicht und infolge dessen schwerer war als die andere. Die Klägerin beteuerte, daß sie keine Ahnung von dem verschiedenen Gewicht der beiden Waagestüben hatte, sie könne nur annehmen, daß beim Wiegen der Decken die eine nicht gut abgewogen worden sei. Hätte sie eine betrügerische Absicht gehabt, so wäre es ihr ein leichtes gewesen, die Decken vor Einsetzen der Polizeibeamten zu entfernen. Die Klägerin hielt noch daran, daß der Kunde G., wenn er wirklich schon häufiger Rindergewicht erhalten hätte, er wohl schon vorher Anzeige erstattet hätte; der Vorliegende hält die abwartende Haltung des Kunden für durchaus erklärlich; mit dem so wichtigen Lebensmittellieferanten will heute niemand gern ohne zwingenden Grund in Konflikt geraten. Sondern findet es der Vorliegende auch, daß die Waage gerade auf der Butterseite liegen mußte, und die Weisheit wiederum wunderten sich, daß Art. K. es nie merkte, wenn die Waage nicht tarierte. Die Klägerin erklärt das aber damit, daß die Waage nach der in Buttergeschäften üblichen Gewohnheit stets mit Gewichten besetzt stand. — Das Kaufmannsgericht machte die Entscheidung von einem Eid der Klägerin abhängig. Schiedt sie, daß sie von dem nichtabwägendem Gewicht der Waagestüben nichts gewußt hat, so wird der Beklagte zur Zahlung des Restschulds verurteilt. Die Klägerin erklärte sich bereit, sofort den Eid zu leisten; der Gerichtshof beschloß jedoch, ihr erst in zwei Wochen den Eid abzunehmen.

10 000 Mark Geldstrafe. Das Schöffengericht in Vosen verurteilte den Petroleumhändler S. Rosinski in Vosen wegen fortgesetzter Höchstpreisüberschreitung zu 10 000 M. Geldstrafe oder 300 Tagen Gefängnis.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Temmelhof; für den übrigen Teil: Dr. Alfred Scholz, Reußlin; für Inserate: Dr. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: „Vorwärts“ Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co. Berlin SW.

Stieritz 1 Beilage zum Unterhaltungsblatt.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Schluß der innerpolitischen Debatte.

In der Freitagssitzung hat das Abgeordnetenhaus die Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern zu Ende geführt. Die Sitzung begann mit einer nicht weiter bemerkenswerten Rede des konservativen Abg. Dr. Bredt. Ihm folgte Paul Hoffmann, womit die jüngste und kleinste Fraktion des Hauses zum erstenmal in einer großen Debatte des Hauses das Wort nahm. Soweit der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft sich mit den aktuellen Fragen des preussischen politischen Lebens beschäftigte, konnte er natürlich nichts anderes sagen, als Reinert dies tags zuvor in seiner ausgezeichneten Rede getan hatte. In dieser Beziehung wiederholte sich im Landtage das seit der Fraktionswahl im Reichstage gewohnte Schauspiel. An Unterschieden mag hervorgehoben sein, daß Hoffmann für einige derbe Worte über das Liebknechturteil einen Ordnungsruf erhielt, und daß er trotz dem Friedensangebot der Zentralmächte und der Antwort des Zehnerverbandes wieder einmal behauptet, Deutschland könne den Frieden haben, wenn es nur wolle, und es brauche dazu nur seine Friedensbedingungen bekanntzugeben! In der weiteren Debatte wurde Hoffmann dieser mit den Tatsachen schwer zu vereinbarende Standpunkt wiederholt vorgeführt.

Eine temperamentvolle und mit guten Gründen für Verwaltungsreform und gleiches Wahlrecht streitende Rede hielt der Fortschrittler Lippmann. Der Minister des Innern befragte zwar nachher, daß diese Rede wenig burgfriedlich gemeint sei, aber er unterließ es wieder, auf ihren politischen Inhalt einzugehen. Vielleicht überlegt sich der Minister einmal, ob nicht das hartnäckige Schweigen der Regierung, das sich höchstens einige schleierhafte Redensarten über die Neuorientierung abringt, selbst die Schuld daran trägt, daß mehr und mehr die politische Ungeduld durchklingt.

Der Vole Korfanti hielt eine Rede, die man doch wohl in gewissem Grade als eine Chamade bezeichnen darf, ohne daß dies gerade ein Tadel sein müßte. Auch der konservative von der Osten sprach weniger aggressiv als am ersten Tage, hielt jedoch am Widerstand gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die preussischen Landtagswahlen fest. Der nationalliberale Führer Dr. Friedberg bewies wieder einmal, daß er ebensowohl ein geistvoller Redner, wie ein unentschiedener Politiker ist. Er lehnte für seine Person die Parlamentarisierung der Reichsregierung ab, forderte aber strengstens eine Demokratisierung der inneren Verwaltung in Preußen. Mit einigen persönlichen Bemerkungen gmg die Debatte zu Ende. Lippmann hatte auch einige wenig erfreuliche Dinge von der Berliner Polizei erzählt, Unterstaatssekretär Drews hob das „bewährte Wohlwollen“ des Polizeipräsidenten von Döppen gegenüber seinen Beamten hervor. Eine ziemlich große Rolle spielte in der Besprechung die Bekämpfung des Kriegswuchers. Der Minister des Innern verabschiedete einmal, daß Herr von Schorlemer durchaus kein Vater der Hindernisse in der Volksernährung sei.

Die Petition des Reichsverbandes der deutschen Presse gegen die politische Zensur wurde der Staatsregierung als Material überwiesen; die vorliegenden etatsrechtlichen Anträge, wodurch der Betrag für die Jugendfürsorge auf Kosten von Polizeiausgaben auf 100 000 M. erhöht wird, fanden Annahme. Am Sonnabend wird der Medizinaletat beraten.

Durch einen Schreibfehler sind in unserem Freitagssitzungsbericht einige Worte ausgefallen. Es muß am Beginn heißen, daß Abg. Cassel gleich dem Genossen Reinert die Einbringung der Wahlreform noch vor dem Friedensschluß gefordert hat.

Ein Mann des leichten Herzens.

Uebereifer ist bezüchtigt. Wenn jemand am Tage des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen durch die Vereinigten Staaten etwas schreibt, daß man bestoegen den Kopf nicht zu verlieren brauche, so haben wir dafür Verständnis. Wenn aber ein Journalist am Morgen und Abend eines jeden Tages nichts anderes zu tun weiß, als langatmige Betrachtungen darüber anzustellen, daß die Feindschaft Amerikas für uns eine Vogatelle, ein Nichts, am Ende gar noch ein Gewinn sei, so deutet das auf ein nicht ganz gutes Gewissen hin.

Der adreutsche Graf Revenlow füllt Morgen- und Abendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“ mit Leitartikeln, die immer wieder auf den einen Punkt hinauslaufen, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Wilson, ja selbst ein Krieg mit den Vereinigten Staaten gar nichts, ohnehin nichts zu bedeuten hätten. Wir wollen gewiß nicht das deutsche Volk in seinem Verteidigungswillen durch überflüssige Schwarzmalerei entmutigen; aber der bisherige Verlauf des Weltkrieges hat erwiesen, daß es die schlaueste Methode der Ermüdung ist, wenn man die Gegner auf dem Papier hinwegreibt.

In einem seiner Artikel erledigt Graf Revenlow die Rohstofffrage aus dem Handgelenk. Er sieht sich mit denen auseinander, die seinerzeit angeführt haben, daß die Feindschaft der Vereinigten Staaten sich erst in der Zeit nach dem Kriege voll geltend machen würde, da die Vereinigten Staaten sich weigern könnten, die zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands erforderlichen Rohstoffe an uns zu verkaufen. Graf Revenlow legt uns die geniale Lösung auf den Tisch: ein siegreiches deutsches Reich könnte die Lieferung von Rohstoffen zur Friedensbedingung oder auch zur Bedingung für Eintritt in Friedensverhandlungen machen, und zwar auf bestimmten sofortigen Termin.

Glänzend! Aber warum nur die Lieferung von Rohstoffen? Doch gleich auch noch eine Kriegschadtiligung durch die Vereinigten Staaten oder Abtretung von New York und San Francisco! Nur möchte Graf Revenlow doch so freundlich sein, uns etwas ausführlicher zu schildern, wie er sich die Erzielung eines Sieges im einzelnen vorstellt, der uns befähigen soll, gegenüber den Vereinigten Staaten solche Bedingungen wirklich durchzusetzen, falls diese hierzu nicht einsehen wollen. Graf Revenlow gebraucht in einem anderen seiner Artikel gegen die, welche die amerikanische Feindschaft anders einschätzen als er, außerordentlich geistvolle Bemerkungen. Er erklärt, jene täten als ob der Abbruch der Beziehungen zwischen uns und den Vereinigten Staaten dasselbe oder vielleicht gar noch schlimmeres bedeutete, als wenn eine Erbtaube mit ihrer Tasche, in der sich das Testament befindet, durch Feuer vernichtet worden ist.“ Sehr richtig gesagt, aber was die Roh-

stofffrage so genial löst wie Graf Revenlow, der kann ja die ganze amerikanische Feindschaft nur humoristisch nehmen, andernfalls er sich der Gefahr aussetze, selber nur unter dem Gesichtspunkte des Humors betrachtet zu werden.

Eine Anfrage über Salvarsan.

Eine „Kleine Anfrage“ des Reichstagsabgeordneten Sivkovich (Fr. 8.) geht aus von schweren Gesundheitsschädigungen, die durch das Syphilispräparat Ehrlich-Bato 606 angeht hervorgerufen worden sind. An Hand der amtlichen Heeresstatistik wird der Nachweis versucht, daß seit Einführung der Salvarsanbehandlung die Erkrankungen an Syphilis zugenommen haben. Der Fragesteller wünscht Auskunft, ob der Reichsanwalt bereit ist, eine Statistik über Salvarsanverfälle und Salvarsanschäden alsbald herauszugeben, eine Höchstlois für Salvarsan festzusetzen, schließlich die zwangsweise Salvarsanbehandlung, wie sie bei Militärpersonen und bei Prostituierten vorgekommen ist, in Zukunft zu verhindern.

Reichstag. Auf der Tagesordnung der nächsten (61.) Reichstags-sitzung, die auf den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, anberaumt ist, stehen die Punkte: 1. Beratung der Aufhebungsschrift für das Reich, 2. Erste Beratung eines Gesetzes betr. Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht.

Zur Regelung der Fischversorgung. Der Reichskommissar für Fischversorgung gibt im „Reichsanzeiger“ bekannt, daß die Zubereitungen von Fischen (Fischkonserven aller Art, Räucherwaren, Marinaden) nur mit seiner Genehmigung oder mit Genehmigung einer der zwölf im Reich geschaffenen zuständigen Stellen hergestellt und abgesetzt werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bedroht.

Auch ein U-Boss-Opfer. Das badische Kultusministerium hat, wie die „Unabhängige National-Korrespondenz“ voller Freude mitteilt, mitgeteilt, daß es dem Professor Valentin, der in dem bekannten Beleidigungsprozeß Kohnmann-Valentin eine wenig rühmliche Rolle spielte, die Erlaubnis zum Halten von Vorlesungen erteilt, falls er nicht spätestens bis zum Ende des Sommersemesters 1917 freiwillig darauf verzichtet. Im Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester wird Valentin's Name nicht mehr geführt; eine Lehrtätigkeit darf er schon jetzt nicht mehr ausüben.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung, Freitag, den 16. Februar, vor-mittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Loebell.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Ministeriums des Innern.

Abg. Dr. Bredt-Morburg (frk.):

Was der Abgeordnete Reinert gestern als Krieg- und Friedensziele der Sozialdemokratie entwickelt hat, darf nicht unbesprochen bleiben. Alles, was wir militärisch erworben haben und was dazu dient, unsere militärische Lage für die Zukunft zu sichern, muß fest in unserer Hand bleiben. (Beif. Weisfall rechts.) Bestehen unsere Feinde, daß wir eroberte Gebiete wieder herzugeben, so müssen sie uns dafür entschädigen. (Erneuter lebhafter Beifall rechts.) Ich habe auch das Vertrauen zur Regierung, daß sie seinen anderen Feinden machen wird. Dann werden wir ruhig an die Reform des Wahlrechts herangehen können. (Beifall rechts.)

Abg. Paul Hoffmann (Soz. Arb.):

Dem Dank an die Polizeibeamten können wir uns nicht anschließen. Ich erinnere nur daran, in wie brutaler Weise die Polizei gegen friedliche Demonstrationen vorgegangen ist. Das schroffe Vorgehen der Polizei anläßlich der Verabsaffung des Genossen Liebknecht hat zu großen Arbeitsniederlegungen geführt. Am dem in Zukunft vorzugehen, hat man offenbar das Hilfsdienstgesetz eingeführt. In der „Post“ hat der Abg. v. Dewitz es als Diebstahl erklärt, wenn der Staat dem Landmann landwirtschaftliche Produkte wider seinen Willen wegnehme. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Wie nennt Herr v. Dewitz übrigens das, wenn Kriegerfrauen, die sich weigern, in der Landwirtschaft zu arbeiten, die Unterstützung gekürzt oder entzogen wird? (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Ist das nicht auch Diebstahl? Auch dazu wird der behördliche Apparat vielfach benutzt, um die

Arbeitslöhne zu brüden,

indem man den Arbeitern mit dem Schühengroßen droht, wenn sie kündigen. Die Versammlungen der oppositionellen Parteien werden ständig verachtet. Was nützen da die Worte von Gerechtigkeit. Gegenüber der Zensur ist die oppositionelle Presse geduldet worden. Durch Zensur und Belagerungszustand verhindern Sie, daß das Volk die Wahrheit erfährt, wozu der Krieg dient und wem er nützt. Von der Neuorientierung wird immer nur geredet, an den Tatsachen hat sich noch nichts geändert. Auch den Geheimfonds zur Unterhaltung von Geheimspionen, die auf die Arbeiterkraft losgelassen werden, hat man im Etat wieder aufrechterhalten. In Kassel befindet sich zum Beispiel ein ehemaliger Zuchthäusler im Dienste der Geheimpolizei. Nicht etwa ein Zuchthäusler wie mein Fraktionsgenosse Dr. Liebknecht, der durch das ungeheuerliche brutale Gerichtsurteil hierzu gestempelt wurde. (Vizepräsident Dr. von Krause ruft den Redner zur Ordnung.) Im Herzen des proletarischen Volkes bleibt Liebknecht trotzdem der Ehrenmann. Die Lichtigkeit der Frauen im Kriege erkennt man fortgesetzt an. Trotzdem verweigert man ihnen alle politischen Rechte! Daß die Rechte von dem gleichen Wahlrecht nichts wissen will, ist klar, denn das ungleiche Wahlrecht bietet ihr die größten Vorteile. Wenn man die Lichtigkeit der Frauen löst, so sollte man ihnen zum mindesten die gleiche Entlohnung wie den Männern bei gleichen Leistungen geben. Auch dazu angeht die heutigen Phantasiepreise der Lebensmittel. Zu dem Hunger kommt für die arme Bevölkerung noch der Frost hinzu. Diejenigen, die uns zum Durchhalten in der Vernechtung der Menschlichkeit auffordern, sollten einmal alle die Leiden der armen Bevölkerung durchkosten, vielleicht wären sie dann zum Frieden bereit. Wir fordern, daß dem Kriege so schnell wie möglich ein Ende gemacht wird in einer Weise, daß kein Volk gedemütigt wird. In der Wahlreform arbeitet die Regierung angeblich schon neun Jahre im Schweige ihres Angehts, das wird so was Schönes werden. Wir vermuten, daß die Vorlage längst fertig ist und nur zurückgehalten wird, um den Bürgerfrieden nicht zu stören. Die Gerechtigkeit verlangt, daß auch in Preußen

das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht

für Männer und für Frauen eingeführt wird. Nicht durch Versprechungen und Wohlwollen wird das Volk seine Rechte erhalten. Damit wollen Sie das Volk nur hinhalten über die Stunde Ihrer Gefahr. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Nein, das Volk muß sich seine Rechte erkämpfen. Wir verlangen die sofortige Durchführung der politischen Gleichberechtigung. Kommt sie nicht, so werden wir bereit sein, sie zu erzwingen gegen unsere Feinde im eigenen Lande. (Wahol bei der Soz. Arb.)

Abg. Lippmann (Fr.):

Von unserem Friedensangebot und der Ablehnung der Entente scheint der Vordener nichts zu wissen. (Sehr gut!) Angehts dieser Situation zu sagen, wir könnten den Frieden haben, wenn wir wollten, genügt von einer eigenartigen geistigen Verfassung. (Lebhafte Zustimmung.) In der Lebensmittelfrage ist die schärfste Bekämpfung des Kriegswuchers notwendig, der die moralische Widerstandsfähigkeit des Volkes bricht. (Sehr richtig!) Die Polizei scheint freilich andere Aufgaben zu haben. Ich erinnere an die Bekanntmachung über die Regelung des Straßenverkehrs in Berlin, die 1620 Seiten umfaßt. (Hört! hört!) Bei dem Mangel an Beamten sollte man die Schulleute mit solchen Dingen versehen. Aber es ist erstaunlich, welches Maß von Politgeist in Berliner Polizeipräsidenten gegen die eigenen Schulleute angewandt wird. (Hört! hört!) Bei den geringsten Versehen werden Strafen von 15 bis 30 M. verhängt, ohne daß die Schulleute die Möglichkeit der Verteidigung haben. (Hört! hört!) Im Ausschuß habe ich gefragt, ob über Personen jüdischen Glaubens, die nach Berlin zugehen, eine besondere Liste beim Einwohnerevidenz geführt wird. Ich wiederhole die Frage in aller Öffentlichkeit und es scheint, daß auch hier die Berliner Polizeiverwaltung sich ganz unnötige Arbeit macht. (Sehr gut! links.) Der neue

preussische Staatskommissar für Ernährungsfragen

muß unabhängig von den Ministern arbeiten können, denn die Bemühungen des Kriegsernährungsamtes sind offenbar vielfach auf Widerspruch des preussischen und Wirtschaftsministers gestoßen. (Sehr richtig! links.) Wir verlangen, daß das Programm des Reichsanwalters: freie Bahn jedem Tüchtigen, bei der Besetzung der Ämter baldmöglichst in die Praxis umgesetzt wird. Auf die Frage des Abg. Cassel, ob man dabei auch den Juden Gerechtigkeit widerfahren lassen würde, hat der Minister nicht geantwortet. Mit dem Versprechen einer besetzten Zukunft hat der Minister zugleich das unbedingte Lob einer jüdischen Vergangenheit verkündet. (Unruhe rechts.) Ich meine damit die Verfolgungssucht gegen Parteien und nationale Bruchteile des Volkes. Sie (nach rechts) haben früher alle Leute, die anderer Ansicht waren als Sie, als Vaterlandsfeinde hingestellt. (Sehr wahr! links. Widerpruch rechts.) Wenn etwas unserem Vaterlande heilam war, so nicht jener Geist der Verfolgung und Verbrennung, sondern der Geist der Einigkeit vom 4. August 1914. Es war ein herrliches Zeichen für jene Teile des Volkes, die unter dem Polizeidruck gestanden hatten, daß sie sich unheimlich um die Fahne des Vaterlandes scharten. (Sehr richtig! links.) Vergessen Sie das nicht und lassen Sie nicht wieder Kriegerfrauen weinen! Der Geist vom 4. August hat sich erneut bei der Friedenshoffnung von 1916. Diesen neuen, edleren und menschenlicheren Geist wollen wir uns erhalten; zum Kaufe entschlossen, zum Frieden bereit. Die Hauptsache bei der Neuorientierung wird die Aenderung des preussischen Wahlrechts sein. Unsere Brüder draußen haben bewiesen, daß sie das volle Gefühl für die Verantwortung jedes Staatsbürgers bis zum äußersten haben. (Lebhafte Zustimmung.) Der preussische Wahl-spruch Sum quique heit nicht: jedem sein Recht, sondern jedem sein Recht.

(Stürmische Zustimmung links.) Alle Vorschläge, die Stimmen zu wagen nach dem Geldbeutel oder dem Grundbesitz, sind nur aus dem Beiraden geboren, die Recht, die man hat, sich zu erhalten. Ich schlicke darum in Anlehnung an die Worte des Herrn von der Osten: Wehe den Politikern, die in der Zeit nach dem Kriege es für richtig halten würden, mit dem Volk um sein Wahlrecht zu feilschen und ihm sein Wahlrecht zu verkaufen; weil dem Staatsmann, der endlich das gleiche Recht für das preussische Volk schafft, er wird damit den Thron besitzigen, das preussische Volk verjüngen und erhöhen! (Stürmischer Beifall links.)

Minister v. Loebell:

Das Verhältnis zwischen Herrn v. Batocki und Herrn v. Schorlemer ist persönlich und sachlich ein sehr gutes. Der Landwirtschaftsminister hat häufig unter Zurückziehung seiner eigenen Ansichten dem Kriegsernährungsamt die Wege zu ebnen versucht. Im übrigen habe ich die Ausführungen des Vordeners auf politischem Gebiete zum Teil bedauert. Das gute Verhältnis zwischen den Parteien werden sie nicht fördern. In jetziger Zeit sollte es nicht darum gehen, alte Streitigkeiten auszutragen, es geht um die Ehre und Zukunft des Vaterlandes, und da wollen wir noch Möglichkeit zusammenfassen. (Beifall rechts.)

Unterstaatssekretär Dr. Drews:

Bei Ordnungsstrafen gegen Schulleute ist die Mitwirkung von Rechtsanwälden bei Einlegung von Rechtsmitteln deshalb nicht ausgeschlossen, weil die Schulkommunikation militärisch organisiert ist. Die besondere Liste über die neu zugezogenen jüdischen Einwohner dient nur zur Vorbereitung für die Steuerrolle.

Abg. v. d. Osten (F.):

Der Abgeordnete Paul Hoffmann vergißt über Eingefallen die großen Zusammenhänge. — Kein Licht ohne Schatten, das gilt auch für Preußens Vergangenheit. Aber jetzt sollte man nicht den Schatten suchen, wie der Abg. Lippmann, sondern erkennen, wie himmelweit das Licht des preussischen Geistes uns im Kriege bis zu dieser Stunde getragen hat. (Wahol rechts.) Durch ein Wahlrecht nach Leistungen wollen wir keineswegs die Herrschaft des Geldes oder des Kriegswuchers. Aber wir wünschen, daß einer Reihe von Berufsständen Gelegenheit zur vermehrten Mitwirkung gegeben wird. Das vielgerühmte Reichstagswahlrecht entspricht gerade diesen Anforderungen nicht. In diesem allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrecht liegen eine Menge von Seiten erster Ungerechtigkeit und seine Einführung wäre kein Segen für den preussischen Staat. Wir sind mit der Linken darin einig, daß neue Wege gesucht werden müssen, um ein Wahlrecht zu finden, das der Gerechtigkeit besser entspricht als das bisherige, aber auch als das Reichstagswahlrecht. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Reinert hat meinen Becher auf das

Besuchen einer Sanjelertrone

zurückgeführt. Ist es Freude, wenn ich von einem Staatsmann ver-lange, daß er die nationale Ehre wahre. (Stürmische Zurufe links.) Wir lag der Gedanke an eine Fronte vollkommen fern. Ich hoffe und glaube, daß jeder preussische und deutsche Staatsmann unterschreiben wird, was ich gesagt habe. (Zurufe links: Wehe! — Heiterkeit.) Dem deutschen Volke in heute bereits eine Kriegslast von annähernd 120 Milliarden erwachsen. Wenn nach dem Prinsip Scheidemanns jeder seine Lasten selber trägt, dann möchte ich den Staatsmann und den Sozialdemokraten sehen, der es fertig brähte, einem so bis zum Niederbrechen belasteten Volke die wirtschaftliche Selbstständigkeit und nationale Entlohnungsfähigkeit zu sichern gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz. Das ist aber wichtiger, als das Reichstagswahlrecht in Preußen einzuführen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Korfanti (Vole):

In den leidenschaftlichen Angriffen des Ministers nach meiner letzten Rede war kein Anlaß gegeben. Wir bestehen auf Streik-lung der polengegenerrischen Bonds. Die Voten haben viele Enttäuschungen erlebt, jetzt sind wir vorsichtig und zurückhaltend. Von unseren Wählern sind wir dazu gedrängt worden, dem Mißtrauen gegen die Regierung Ausdruck zu geben. Wir wollen in Eintracht mit unseren Mitbürgern auf Grund gegenseitiger Achtung leben. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, unsere Kräfte in nutz-loser Reichstagswahlkämpfe zu vergeuden.

### Abg. Friedberg (noll.):

Abg. v. Jellig hat die nationalliberale Partei mit den Erörterungen des parlamentarischen Regierungssystems in Verbindung gebracht und meinte, durch solche Verbindungen wäre die Einigkeit nicht gefördert. Mit meiner Partei haben diese Erörterungen nichts zu tun. Meine persönliche Ansicht ist, daß das parlamentarische Regierungssystem wie jedes andere Vorzüge und Nachteile hat. Die politischen Toleranzen kommen jedenfalls besser zur Geltung. Aber in Deutschland fehlt die Grundlage eines solchen Systems, das sich nur auf große feste Parteien gründen kann, wenn es nicht wie in Frankreich zur Oberministerführung führen soll. Den Gedanken eines Oberhauses im Reich halte ich für verfehlt. Auch mit der

### Verantwortlichen Reichsministerien

Yonk ich mich nicht befreunden. Die Politik des Reiches muß einheitlich sein. Daher ist der jetzige Zustand richtig, daß der Reichslangler der alleinige politische Verantwortliche im Reichsamt ist. Was Minister v. Loebell von der Notwendigkeit einer starken Monarchie sagte, unterschreiben wir. Meinte er aber damit eine stärkere persönliche Einwirkung des Monarchen, so müßten wir dem entschieden widersprechen. Ein sogenanntes persönliches Regiment wünscht das deutsche Volk nicht. (Beifall links.) — Bei der Auswahl der Beamten darf natürlich niemand seines Glaubens wegen zurückgesetzt werden. Wenn der Minister aber den Gedanken mit überwiegend katholischer Bevölkerung katholische Landräte berpricht, dann trägt er ja das konfessionelle Moment wieder hinein. (Sehr richtig! links.) Unser Vertrauen gegen die Landräte werden wir aufgeben, wenn bürgerliche Gleichberechtigung in unserer Verwaltung herrscht, und wenn vor allem dafür gesorgt wird, daß die Landräte sich jeden Eingriff in die Wahlbewegung enthalten. Zur Reorganisation gehört auch völlige Unparteilichkeit in der Verwaltung. (Bravo! links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Leinert (Soz.) persönlich: Abg. Paul Hoffmann sagte, ich hätte mit meinen geringen Ausführungen erreicht, daß Herr v. Jellig mich gratuliert hätte. Die Worte des Abg. v. Jellig bedeuteten aber nur eine Anerkennung meiner rhetorischen Leistungen. Wohllich kann Herr v. Jellig mit meiner Rede nicht einverstanden sein, denn er ist nicht Sozialdemokrat. Heute gibt sich der Abg. Paul Hoffmann den Anschein, als ob er das nicht weiß. Gestern aber mußte er es, denn er hat einem meiner Fraktionskollegen auf dessen Frage, was er denn nach meiner Rede noch sagen werde, erklart: Dasselbe, nur mit einer anderen Sauc; also er war doch nicht mit mir einverstanden. Heute will er ein solches Einverständnis des Herrn v. Jellig mit mir feststellen, nur um mir höflicher Weise zu unterrichten, ich hätte sozialdemokratische Grundverleste. Gegen eine solche unwahrhaftige Reihob der Polemik erhebe ich Einspruch. (Abg. Ab. Hoffmann: Bravo rechts!) Solche demagogischen Kniffe haben mit parlamentarischem Aufbau nichts zu tun.

Abg. Freiherr v. Jellig: Ich kann dem Abg. Leinert nur bestätigen, daß ich mit dem sachlichen Inhalt seiner Rede nicht einverstanden war.

Abg. Paul Hoffmann (Soz. Arb.): Keine Bemerkungen über die Rede des Abg. Leinert bezogen sich nur auf seine Ausführungen zur Frage des Wahlrechts.

Die weitere Debatte zum Etat des Reichsanwaltschafts wird auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Das Wohnungsrecht.

In der Wohnungskommission, die am Donnerstag die 2. Lesung des Wohnungsgesetzes vornahm, lag zunächst ein freikonserwativer Antrag vor, der die Einführung des im Entwurf von 1914 enthaltenen Baurechts mit einigen Modifikationen verlangte. Die Grundbesitzer sollten das Recht haben, den Bau von Straßen auf ihre Kosten zu übernehmen, wenn die beabsichtigte Aussicht besteht, daß an der Straße innerhalb zwei Jahren durch den Bau gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen dem in der Gemeinde vorhandenen Wohnungsbedarf Rechnung getragen wird. Die Gemeinde sollte die Pflicht haben, die Straßen in Eigentum zu übernehmen und die Anschlüsse an die vorhandenen Entwässerungs- usw. Anlagen gestalten.

Die Regierung erklärte, daß die Annahme dieses Antrages das Gesetz unannehmbar mache. Nachdem die Nationalliberalen, Zentrum und Konservativen sich gegen die Aufnahme solcher Bestimmungen erklärt hatten, wurde der Antrag gegen die zwei Stimmen der Freikonserwativen abgelehnt. Artikel 1 (Baugelände) wurde ohne Abänderung in der Fassung der ersten Lesung angenommen.

Zu Artikel 2 (Baupolizeiliche Vorschriften) wurde nur eine geringfügige Änderung angenommen, die die Einfügung des Landesbürgerlichen Ansehungsgelezes betraf. Artikel 3, der den Erlaß von Wohnungsbedingungen regelt, erhielt nur eine redaktionelle Änderung über den Erlaß von Wohnungsbedingungen als Orts- oder Kreispolizeiverordnungen. Dieser Artikel sowie Artikel 4 (Wohnungsaufsicht), Artikel 5 (Gemeinsame Vorschriften für Wohnungsbedingungen und Wohnungsaufsicht) wurden in der Fassung der ersten Lesung angenommen.

Im Artikel 6 (Vorzustellung sozialer Mittel), der mit dem Bürgersteuergesetz beraten wurde, hatte die Kommission einen Zusatz eingefügt, wonach der von der Regierung bereitgestellte Betrag von 20 Millionen Mark nicht nur zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Baupereinigungen, sondern auch für Baubereitungen an solche Baupereinigungen verwendet werden dürfe. Hiergegen wandte sich der Finanzminister. Wenn sich die Regierung einmal sozialpolitisch betätigt, so solle man diese Betätigung nicht ins Uferlose verlangen. Die Beibehaltung der Bestimmung wurde ihm die Annahme des Gesetzes unmöglich. In der Beratung wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß mit der Übernahme der Bürgersteufl und von Stammeinlagen die Selbstverwaltung der Baupereinigungen beeinträchtigt werden könnte. Der Finanzminister hielt die Befürchtungen nicht für begründet. Infolge der Erklärungen des Finanzministers wurde die Gewährung von Baubereitungen wieder gestrichen. Das Wohnungsgesetz soll am 1. Juli 1917 in Kraft treten.

Das Bürgersteuergesetz soll in einer späteren Sitzung beraten werden.

## Aus Groß-Berlin.

### Landesfeststelle und Milchpreiserhöhung.

Infolge der unklaren und widersprechenden Nachrichten über die geplante Milchpreiserhöhung für Groß-Berlin hat einer unserer Mitarbeiter Gelegenheit genommen, den Leiter der Landes- und Landesfeststelle, Landrat von Gravenitz, über den tatsächlichen Sachverhalt und die Gründe für die Milchpreiserhöhung zu befragen. Die Herr von Gravenitz teilte, schwebend mit allen Bedarfsbezügen des preussischen Staates seit 1. Dezember Verhandlungen über eine bessere Versorgung mit Milch. Wenn auch im einzelnen hier und da in der Ablieferung noch manches gefehlt hätte, so dürfte man sich doch von einer zwingenden Erhöhung der Milch bei den Erzeugern nicht viel versprechen. Man müsse im Gegenteil alle produktionsfördernden Mittel verwenden und eine bessere Versorgung der Bedarfsverbände in erster Reihe durch eine Steigerung der Milchproduktion zu erreichen suchen. Neben anderen hierfür geeigneten Mitteln, wie zum Beispiel der Futtermittel-

zufuhr, gehört hierzu die Forderung, den Milchpreis in ein angemessenes Verhältnis zu den Erzeugungsumkosten zu bringen — eine Forderung, die auch von den Milchhändlern anerkannt ist. Solange die Preise für gute Milch jetzt durchschnittlich 1200 bis 1300 M. betragen und die Höhe von 1800 M. und mehr erreichen gegenüber durchschnittlich 600 M. im Frieden, und solange die jetzigen hohen Futtermittelpreise bestehen, müsse auch der Milchpreis gestiegen sein, daß er nicht nur die Milchwirtschaft an sich wirtschaftlich, sondern auch die Ablieferung von Milch lohnend macht. Dieser Forderung entspreche der jetzige Erzeugerhöchste Preis von 24 Pfennig nicht oder doch nicht überall. Die Landesfeststelle hat bei der Einleitung der Verhandlungen, bei denen auf die verschiedenen Erzeugerpreise in den einzelnen Landesstellen Rücksicht zu nehmen ist, zunächst geglaubt, den Preis von 24 Pf. frei Rampe und 26 Pf. frei Berlin vorschlagen zu sollen. Im Laufe der Verhandlungen habe sich aber gezeigt, daß dies nicht ausreicht, und es ist deshalb jetzt von der Landesfeststelle ein Erzeugerhöchste Preis von 26 Pf. frei Rampe oder von 28 Pf. frei Berlin je nach Wahl und mit der Maßgabe vorgeschlagen worden, daß für die molkeermäßig behandelte, also tiefgefahle Milch ein weiterer Aufschlag von 2 Pf., also ein Preis von 30 Pf. frei Berlin eintritt. In der Provinz Sachsen besteht bereits ein Erzeugerhöchste Preis von 28 Pf. für Vollmilch und von 17 Pf. für Magermilch.

Die Kleinhandelszuschläge sind Sache der Kommunalverbände, also hier der Feststelle Groß-Berlin. Es bedürfen der Zustimmung der staatlichen Verteilungsstellen, für Groß-Berlin der Bezirksverteilungsstelle Groß-Berlin. Die Feststelle Groß-Berlin hat sich bisher gegen eine Erhöhung des Erzeugerhöchste Preises und für Zwangsmassnahmen zwecks besserer Erfassung, sowie für ausschließliche Zuweisung der Milch aus den nächstgelegenen Gebieten um Berlin nach Groß-Berlin ausgesprochen. Auch für den Kleinhandel sei eine Erhöhung der Preispannung angebracht. Dazu gehört auch, daß man den Kleinhandel an der Güte und pflichtigen Behandlung der ankommenden Milch und Milchformen interessiert, was jetzt bei 1 Pf. für den Kleinhandel nicht der Fall ist. Die jetzige Spanne von 8 Pf. zwischen dem Erzeugerpreis und dem Verbraucherpreis ist zu klein; eine Verdoppelung dieser Spanne aber auf 16 Pf. von der berichtet wurde, würde auch Herrn von Gravenitz zu hoch erscheinen; er betonte aber, daß hierüber der Landesfeststelle amtliche Mitteilungen nicht vorliegen. Die Entscheidung über den Milchhöchste Preis für Groß-Berlin liegt also, wie aus diesen Mitteilungen hervorgeht, jetzt bei der Feststelle Groß-Berlin. Unseren Standpunkt zu der Angelegenheit haben wir bereits in der Nummer vom Donnerstag dargelegt.

### Städtetag und Frühkartoffel.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes eine Eingabe gerichtet, in der er dringend darum bittet, daß die Frühkartoffeln ebenso wie die Spätkartoffeln öffentlich bewirtschaftet werden. Der Vorstand wendet sich nicht dagegen, daß die Landes- und Provinzialverteilungstellen die von ihnen auszubringenden Frühkartoffeln sich im Vertriebswege sichern; wohl aber wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es nicht den Bedarfsverbänden überlassen werden könne, Frühkartoffelverträge abzuschließen, auch nicht bei etwaiger Beschränkung auf den Bezirk der eigenen Provinz, weil dann je nach der Menge von Frühkartoffeln, die in der einzelnen Provinz angebaut werden im Verhältnis zur Zahl und Größe der Bedarfsverbände die Lage der einzelnen Bedarfsverbände ganz verschieden sich gestalten würde, und weil auf der anderen Seite die Bedarfsverbände, die Verträge abschließen, keinerlei Sicherheit dafür haben, daß gerade aus den von ihnen abgekauften Verträgen die ihnen zukommenden Frühkartoffelmengen wirklich geliefert werden. Um diese Gefahren nach Möglichkeit herabzumindern, müsse die Bewirtschaftung der Frühkartoffeln grundsätzlich ebenso zentral geleitet werden wie bei den Spätkartoffeln.

### Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf jeden 250 Gramm des Berliner Lebensmittelkartes gelangen wiederum 200 Gramm Mehl zur Verteilung. Diese 250 Gramm sind in den durch ein Auswahlschild Verkauf von Mehl auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin" gekennzeichneten Geschäften Sonnabend, den 17., Sonntag, den 18. und Montag, den 19. Februar gegen Empfangsbescheinigung abzuliefern. Nachträgliche Annahme findet nicht statt. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die 250 Gramm in der vorgeschriebenen Weise am Dienstag, den 20. Februar an ihren Großhändler abzuliefern.

Der Umtausch von Fleischkarten gegen Bezugsscheine auf andere Lebensmittel (Grapen oder Getreide oder Teigwaren) findet für die neue am 19. Februar beginnende Fleischkartenperiode in der Zeit vom 19.—21. Febr. durch die zuständigen Bezugsstellen statt. Für die Fleischkarten werden wieder Bezugsscheine auf wöchentlich 875 Gramm, für die Kinderkarten solche auf wöchentlich 200 Gramm Grapen oder Getreide oder Teigwaren ausgegeben. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art dieser Waren besteht nicht. Die Ware kann in den 93 durch Aushang kenntlich gemachten Verkaufsstellen gegen Abgabe des gültigen Bezugsscheins abgeholt werden. Umtauschberechtigt sind nur diejenigen, welche sich in die Liste der zuständigen Bezugsstellen eingetragen haben. Wer nachträglich den Umtausch vornehmen will, muß beim Magistrat, Abteilung für Lebensmittelversorgung, Straßauer Straße 3—6, unter Vorlage der Fleischkarte einen Antrag stellen.

Die Vollmilchkarten für den Monat März kommen in den zur Feststelle Groß-Berlin (Milch) gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Im Stadtbezirk Berlin sind die Vollmilchkarten für März bis zum 20. Februar spätestens von den Bezugsstellen abzuholen, während die Karten für Kranke hier wie bisher von der Zentralstelle für Kranfenernährung ausgeliefert werden. Die Inhaber von Vollmilchkarten werden dringend ersucht, die Märzarten bis zum 22. Februar ihrem Milchhändler vorzulegen. Ein Wechsel des Milchhändlers ist nicht gestattet. Der Milchhändler hat beide Kontrollabschnitte abzutrennen, jedoch nur die Kontrollabschnitte mit dem Berliner Kontrollabschnitt für die Feststelle an die Feststelle Groß-Berlin (Milch), Poststr. 8 II, bis zum 24. Februar einzusenden.

Die Verteilung der „Hindenburgspende“ in den Groß-Berliner Vororten. Nach Anordnung des Regierungspräsidenten in Potsdam beginnt die Zuteilung aus der Hindenburgspende für den Regierungsbezirk Potsdam in der nächsten Woche. Zunächst werden die Betriebe der Rüstungsindustrie in den Städten Lichtenberg, Neukölln, Charlottenburg und Schöneberg mit den Fettulagen bedacht. Vorrangig sind in der übernächsten Woche werden dann je nach dem Eingang der Spenden die Betriebe in den Kreisen Teltow und Niederbarnim berücksichtigt. Die Hauptlieferungen der Fettspenden erfolgen erst jetzt, weil das Räuchern der in den Hauschlachtungen gewonnenen Speckseiten naturgemäß so lange Zeit beanspruchte und weil auch die Verteilungsmittelverteilung die Ablieferung verzögerten. Für die nächste Zeit sind jedoch aus den Kreisen des Regierungsbezirks Potsdam größere Sendungen in Aussicht gestellt.

Der Schrei nach dem Knäuel. Zu unserer Notiz über die Versammlung der Schulkommissionsvorsitzer (Kittwachsnummer) schreibt uns ein Teilnehmer der Versammlung, daß der „Schrei nach dem Knäuel“ durchaus nicht von allen Vorstehern gebilligt wurde. Da der Vorstehende aber noch erfolglos Ausproche die Versammlung mit der Resolution überraschte und sofort darüber abstimmen ließ, blieb einem großen Teil der Anwesenden nichts weiter übrig, als sich der Stimme zu enthalten. „Ich brauche wohl

nicht zu sagen.“ so schließt die Zeitschrift, daß die Anzahl der sozialdemokratischen Schulkommissionsvorsitzer mit der in ihrer Notiz zum Ausdruck gebrachten völlig übereinstimmt.

Darum haben wir keinen Augenblick gezweifelt. Was wir vor der Öffentlichkeit festzulegen wollten, ist die beschämende Tatsache, daß sich in einer Versammlung von pädagogisch sachverständigen oder wenigstens interessierten Männern heutzutage noch eine Mehrheit finden konnte, die in polizeilichen Eingriffen und ungeheurnen Prügelrecht wirksame und würdige Abwehrmittel gegen eine angebliche Verrohung der Schuljugend erblickt.

Eine Million Schweine sind dem Berliner Viehhof, dessen Auftriebsschiffen für die letzten zwei Verwaltungsjahre wir gestern mitteilten, durch einen Druckfehler unterworfen worden. Der Schweineauftrieb stellte sich in 1915/16 auf 794 716 Stück, in 1914/15 dagegen auf 1 782 321 Stück (nicht, wie irrtümlich gesagt war, auf 782 321 Stück).

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlin und der Vororte veranstaltet in diesem Jahre nur drei öffentliche Vorträge. Der zweite unter aufgeführte Vortrag findet am nächsten Sonntag, 19. Februar, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses statt. Es spricht Herr Prof. Dr. A. Binz über die Krebskrankheiten und ihre Verhütung. Dieser Vortrag wird für männliche und weibliche Personen gemeinschaftlich gehalten. Er ist von großem Interesse für beide Geschlechter, und wir können den Besuch sehr empfehlen.

Selbstmordfälle. Der Berliner Notar Justizrat Gustav Jacobsohn hat in seiner Wohnung in der Prager Straße in Wilmersdorf angeblich wegen nervöser Ueberreizung Selbstmord begangen. Justizrat Jacobsohn war im Schiffmannprozess als Zeuge vernommen worden und auf Gerichtsbeschluss unbeeidigt geblieben; er hatte darauf die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich beantragt.

Der Assistenzarzt Dr. Guido Katti, der Stromstr. 12a gewohnt hat, entfernte sich am 27. Januar aus seiner Wohnung und teilte seiner Witwensfrau mit, daß er sich das Leben nehmen werde; er hat einen Revolver und Gift mitgenommen.

Der Architekt und Baurealmaler Alfred Rothe, Hochstr. 18, der, wie gestern berichtet, Selbstmord durch Verbrennen begangen haben sollte, ist in den Büroräumen Hochstr. 13 das Opfer eines Unglücksfalls geworden. Nach Feststellung des Arztes hat er keinen Selbstmord begangen.

Ein Dreizehnjähriger erhängt sich aus Furcht vor Strafe. Ein überaus tragischer Fall wird aus Reußheim gemeldet: Der Schüler S. aus der Wilmannsstraße hatte in Abwesenheit der Eltern deren und seiner Geschwister Brot aufgeessen. Aus Furcht, dafür gezwungen zu werden, erhängte er sich in der Küche. Als die Eltern ihn auffanden, war er schon tot.

Erstikt und drei Wochen tot in der Wohnung gelegen hat die 24 Jahre alte ledige Strohhandwerkerin Beria Korich aus der Goethestr. 9 zu Reußheim. Sie war schon seit dem 22. Januar nicht mehr gesehen worden. Niemand hatte sich um die Alleinlebende gekümmert. Ihre Schwester, die sie gestern besuchen wollte, fand sie tot im Bette liegen. Nach dem Befund hatte sie, ohne Zweifel schon am 22. Januar, zum Schutze gegen die Kälte mitten in ihrem Zimmer beim Schlafengehen einen Kohlenkasten angezündet. Den giftigen Gasen, die sich entwickelten, erlag sie, nachdem sie eingeschlafen war.

Beim Robelen ertranken sind die beiden Schüler Max Lindemann und Fritz Preuß aus Halensee. Sie rodelten mit anderen Schülern an einer abhülligen Stelle eines Sees und fuhren dabei mit Vorliebe auf das Eis. Als drei auf einmal mit ihren Robelgeschlitten auf dem See landeten, brach die Eisedecke. Zwei gerieten unter das Eis, während der dritte gerettet werden konnte.

Ein mutmaßlicher Kindersturz beschuldigt die Kriminalpolizei. In der Bedürfnisanstalt an der Weidenbaumstraße fand man am Donnerstag die nackte Leiche eines neugeborenen Mädchens. Die Kriminalpolizei ließ sie zur Feststellung der Todesursache ins Schauhaus bringen.

Feuer in der Borgholzer Gasse. Ein recht gefährlicher Brand kam am Freitagmorgen gegen 5 Uhr in der Raschenerstraße von H. Vorst in Ziegel angeblich durch Entzündung beim Abfüllen von Öl zum Ausbruch. Dieses brannte sofort und die Flammen erfaßten mehrere Häuser mit Heißöl. Die Fabrikfeuerwehre wurde sofort alarmiert und war schnell zur Stelle. Sie griff mit vier Rohren an und konnte das Feuer isolieren. Die Wehren von Ziegel, Vorkampel, Berlin konnten daher bald nach Eintreffen wieder abrücken. Die Abkühlung des langsam zurückgehenden Feuers nahm einige Zeit in Anspruch. Der Schaden soll nicht bedeutend sein. Auch sollen Personen bei dem Brand, wie von anderer Seite gemeldet worden ist, nicht zu Schaden gekommen sein.

Eine gewaltige Gasexplosion verurteilte Freitag früh in der Straßburger Str. 41 eine unbefehliche Panik. Die Explosion entstand kurz vor 6 Uhr in dem Gigarrenladen von Bertwig, und war so gewaltig, daß die Schaulenster des Ladens mit der gesamten Auslage auf den Straßendam geschleudert wurden, Wände umfielen, Türen, Decken und die gesamte Einrichtung des Gigarrenladens vollständig in Stücke gingen. Die angrenzende Wohnung des Bertwig stand sofort in Flammen. Diese schlugen an der Front des Hauses bis zum Dach des vierstöckigen Hauses empor und ergriffen im Innern den Hausflur und die Treppen. Die erschreckten Hausbewohner stürzten zum Teil unbedeutend aus ihren Wohnungen. Sie fanden indes die Treppen verperkt. Die meisten liegen unbedacht die Türen offen und im Ru waren familiäre Wohnungen verqualmt. Zum Glück erlitten rechtzeitig die Feuerwehr. Es gelang, über die Treppen und eine mechanische Leiter zu den gefährdeten Hausbewohnern vorzudringen und diese soweit zu beruhigen, daß zwei Männer über die mechanische Leiter den Abstieg wagten und zwei Frauen über die Treppen in Sicherheit gebracht werden konnten. Ueber den Hergang macht der am Kopf und an beiden Händen schwer verbrannte Bertwig folgende Angaben: „Vor 6 Uhr habe er sein Schlafzimmer hinter dem Laden verlassen und mit einer brennenden Petroleumlampe den Korridor, auf dem ein Gasmesser aufgestellt war, betreten, wo der Gasmeter ihm aufgefallen sei. Dann sei er in den Laden gegangen und mit der Lampe zurückgekehrt. Am erst erfolgte die Explosion, wobei er zu Boden geschleudert und die Lampe zertrümmert worden sei.“ Die an Rauchvergiftung erkrankten Personen wurden mit Sauerstoff versorgt. Der Gasmesser auf dem Korridor scheint unbeschädigt geblieben zu sein.

Aus dem Justizhaus entflohen ist der 29jährige Gärtner Paul Dippe, der vor sechs Jahren in Berlin bei einem Einbruch den Damenkleiderlegler und dessen Frau erschossen hat und dafür zu lebenslänglichem Justizhaus verurteilt wurde. Er ist aus der Anstalt Groß-Strelitz ausgebrochen und man vermutet, daß er sich in Berlin aufhält.

Einem siebenköpfigen Verbrecherklub, der in Norden Berlins seine sogenannten Kommerze feierte, ist die Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Zu seinen Festlichkeiten wurden auch harmlose Personen eingeführt, die reichlich mit Bier und Wein bewirtet und dann beim Pokern oder Rämmelblättern gerupft wurden. Die Täter verkehrten zumeist in besseren Lokalen der Leipziger und Friedrichstraße, hatten aber auch ihre Rendezvous, in denen sie ganz unter sich waren. Die Gründung des Spielklubs war nur der Vorwand für ihre verbrecherische Tätigkeit. So ist z. B. der große Einbruchdiebstahl bei der Firma Wehrsen, bei dem für 80 000 M. weiche Gold- und Silber, Damenstrümpfe und dergleichen gestohlen wurden, der Raubüberfall auf den Juwelier Scheuer in der Münzstraße dem Spielkluborium zur Last zu legen. Die Täter, denen der Vorden in Berlin zu heil geworden ist, haben seit einigen Wochen die Reichshauptstadt verlassen und dürften nun in anderen Großstädten auftreten.

# Aus den Gemeinden.

**Wendungen in der Neuzählung.** Vom heutigen Tage treten die vom Landesfleischamt vorgeordneten Bedingungen für die Wurstabgabe in Kraft. Danach ist Fleischwurst nur solche Wurst, die Erzeugungsmittel wie Semmel, Weizenbrot und Weizenmehl enthält. Nur solche Wurst darf in doppelter Menge des Fleischmarkenwertes abgegeben werden. Von jetzt ab wird also nur frische Blutwurst mit Semmelzusatz doppelt abgegeben. Leberwurst zu 1,60 und 2,40 M., sowie Salat- und Rühwurst und in einfacher Menge. Braunschweiger Mettwurst kann wie bisher zu vier Fünftel des Markenwertes entnommen werden. So lange wie die Fleischration 350 Gramm beträgt, ist die auf einmal an die Kunden abzugebende Menge wie folgt festgesetzt: Frische Blutwurst mit Semmelzusatz in Mengen von 700 Gramm auf eine Fleischration nur an Haushaltungen mit mehr als vier Köpfen, in Mengen von 350 Gramm an Haushaltungen mit vier und weniger Köpfen abzugeben. Braunschweiger Mettwurst ist an Haushaltungen mit mehr als vier Personen in Mengen von 250 Gramm und an Haushaltungen mit vier und weniger Personen in solchen von 140 Gramm abzugeben. Das Landesfleischamt hat die Herstellung dieser Wurstsorten für Neuzählung nur unter der Voraussetzung weiter zugelassen, daß die pro Kopf der Bevölkerung zuzulebende Schlachtmengen, die vom Landesfleischamt genau nachgeprüft werden kann, nicht überschritten wird. Bis Dienstag, den 20. Februar 1917, wird an diejenigen Einwohner, welche bisher auf den Abschnitt U der alten Haushaltungsliste Kunsthäufig nicht erhalten haben, in den städtischen Verkaufsstellen Donaustr. 131, Pflügerstr. 7, Kirchhoffstr. 45, Steinwegstr. 114, Knechtstr. 24 je 100 g. Kunsthäufig abgegeben. Mit Dienstag, den 20. Februar 1917, wird der Verkauf von Kunsthäufig auf die alte Haushaltungsliste endgültig geschlossen.

**Die Städtische Mütterberatungsstelle (Säuglingsfürsorge)** des Bezirks „Friedrichshagen“, Brunnenwallstr. 1, hat ihren ersten Jahresbericht herausgegeben. Von 600 Müttern wurden an 109 Tagen 601 Kinder vorgeführt und zwar 551 eheliche und 50 uneheliche. Besonders erwähnenswert ist, daß 525 Kinder von der Mutter genährt wurden und nur 76 die Flasche erhielten. Jede Mutter, welche die Reichsstillprämie von 3,50 M. pro Woche für die Dauer eines Vierteljahres beansprucht, muß die erforderliche Bescheinigung in der Mütterberatungsstelle erhalten. An Mütter, die länger als ein Vierteljahr stillen, zahlt die Beratungsstelle aus eigenen Mitteln auf ein weiteres Vierteljahr die Prämie in halber Höhe. Im Berichtsjahr wurden außerdem noch 4400 Liter Milch und 400 Flaschen Malschier verteilt. Außer der kostenlosen Vergabe der Räume sowie Beleuchtung und Heizung leistet die Gemeinde einen jährlichen Zuschuß von 1200 M., die Allgemeine Ortskrankenkasse einen solchen von 2000 M. Ein angesehener Menschenfreund stiftete die Inneneinrichtung im Werte von rund 1800 M.

**Frankfurter Lebensmittelnachrichten.** In den durch Anschläge fennlich gemachten Geschäften gelangt jetzt ausländisches Sauerkraut zum Verkauf. Auf Abschnitt 71 der Lebensmittelkarte wird je 1 Pfund zum Preise von 20 Pf. abgegeben. — In den mit dem Verkauf von Speisefarbstoffen betrauten Gemüsegeschäften gelangt vom Mittwoch, den 21. ab Feischöl zur Ausgabe. Es wird je 1 Pfund zum Preise von 14 Pf. auf Abschnitt 72 der Lebensmittelkarte veräußert. Die Abgabe geschieht nur an solche Lebensmittelkarteninhaber, die nicht an der Kriegslieferungsleistung teilnehmen. Teilnehmern am Kriegslieferungswesen wird bei der Anmeldung für die Woche vom 19. bis 25. Februar der Abschnitt 72 der Lebensmittelkarte abgetrennt. Ein Ankauf vor den Verkaufsstellen ist nicht zulässig, da der Kohl in völlig ausreichendem Mengen vorhanden ist.

**Lebensmittelnachrichten aus Breslau.** Gegen Abgabe des Abschnitts 66 des Lebensmittelausweises können bei den hiesigen Händlern Rubel und auf Abschnitt 67 Gruppen verausgabt werden. Familien bis 4 Personen erhalten  $\frac{1}{2}$  Pfund und solche über 4 Personen 1 Pfund jeder dieser Waren.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Neufestsetzung in Friedrichshagen.** Am Mittwoch fiel auch in unserem Ort die Entscheidung zwischen den Anhängern der Arbeitsgemeinschaft und denen der Sozialdemokratischen Partei. Nachdem die Opposition in einer die Woche vorher abgehaltenen Versammlung, in der sie sich einen Vorsitzenden wählte, den Versuch wagen wollte, sollte die Versammlung am Mittwoch der Neufestsetzung des Wahlvereins dienen. Die Opposition drang in diese Versammlung widerrechtlich ein und suchte sie durch Geschäftsordnungsdebatten und Lärm zu stören. Um eine reinliche Scheidung herbeizuführen, brachte Genosse Koderitz als Vorsitzender einen Antrag zur Abstimmung, der die Zahl der Anhänger beider Richtungen feststellen wollte. Für den auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei gegründeten Wahlverein Nieder-Barnim stimmten von 43 Anwesenden 21, für den Verein der Arbeitsgemeinschaft 24, während 3 Teilnehmer sich der Abstimmung enthielten. Nach erfolgter Trennung der beiden Parteien erfolgte darauf die Neufestsetzung des Wahlvereins. Es wurden folgende Genossen gewählt: Koderitz, Vorsitzender; Hecker, Kassierer und Miltenzwei, Schriftführer; zu Beisitzern die Genossinnen Gädde und Ehrlich, zu Revisoren die Genossin Frau und Rehfeld. Alle Genossen, die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands treu zu bleiben gedenken, wolle sich baldigt bei einem der oben genannten Genossen bzw. Genossinnen melden. Die Adresse des Vorsitzenden ist Richard Koderitz, R. Luisstr. 3.

**Wahlvereinsversammlung in Mahlsdorf a. d. Ostbahn.** Eine am Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung besaß sich mit den Vorgängen in der Partei. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, treu zur Partei zu halten und die Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft abzulehnen. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: C. Wiedemann, Vorsitzender; K. Gies, Kassierer; H. Hanning, Schriftführer; H. Vogel und Th. Reipert, Revisoren; W. Kurz und W. Reichig, Beiratsmitglieder.

**Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Nieder-Barnim.** In den Hefen in den beiden jüngsten Nummern muß die Adresse des Vorsitzenden richtig heißen: Herrn Müller, Lichtenberg C. 112, Gruppierstr. 84.

**Oberschnewitz.** Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, findet bei Ladewig, Laufener Str. 5, eine Versammlung statt, in der Genosse Landtagsabgeordneter Konrad Harnisch spricht. Alle auf dem Boden der Gesamtpartei stehenden Genossen und Genossinnen sowie die „Vorwärts“-Leser sind hierzu eingeladen. Max Jacobson.

# Soziales.

## Die Konsumvereine im Krieg.

Unter dieser Überschrift bringt das Finanz- und Handelsblatt der „Vossischen Zeitung“ (Berlin) eine eingehende Besprechung des Jahresberichts des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Kein genossenschaftlich betrachtet, sei der Abschluß der Konsumvereine durchaus zufriedenstellend. Bemerkenswert sei das Wachsen der Mitgliederzahl und erfreulich sei auch die stärkere soziale Wirkung in der Mitgliedschaft. Der Anteil der Arbeiter und Angestellten an der Mitgliederzahl sei allerdings noch immer ausfallig gering, aber der Anteil der freien Berufe, der Staats- und Gemeindebeamten sowie der selbständigen Gewerbetreibenden nehme ständig zu. Darin mache sich eine soziale Ausbreitung der Anziehungskraft der Konsum-

genossenschaften deutlich bemerkbar, und dadurch werde die Gewähr für eine parteipolitische Neutralität wesentlich verstärkt. Finanziell sei die Grundlage der Vereine durchaus solide geblieben, die Dividende sei zwar etwas gekürzt worden, aber die Geschäftsergebnisse, die Reserven und sogar die Spareinlagen der Mitglieder seien gewachsen. Diefem Berichte werden folgende allgemeine Bemerkungen vorausgeschickt:

Die Entwicklung der Geschäftstätigkeit und der Geschäftsergebnisse der Konsumvereine bringt nach mehrfacher Richtung Aufschlüsse über wichtige Erscheinungen und Zusammenhänge der Kriegswirtschaft. Einmal sind die Konsumvereine rein technisch Kleinhandelsunternehmen. Sie unterliegen also den Einflüssen, die die Kriegswirtschaft auf den Kleinhandel allgemein ausübt; und diese Einflüsse lassen sich bei ihnen besser und zuverlässiger als sonst, zum Teil sogar nur bei ihnen, beobachten, weil lediglich sie, nicht aber die privaten Kleinhandelsbetriebe eine eingehende, der Öffentlichkeit zugängliche Geschäftstätigkeit führen. Auf der anderen Seite sind die Konsumvereine Genossenschaften, und zwar — mindestens im städtischen Bereiche — die auf besterter Grundlage ruhenden Genossenschaften, die wir besitzen. Die Gestaltung ihrer Verhältnisse zeigt uns, welche Kraft der genossenschaftliche Gedanke den störenden und hemmenden Wirkungen des Krieges entgegenzusetzen vermochte, welche Prägnanz er bewies, sich im Kriege und jetzt mit Rücksicht auf ihn weiter zu entwickeln, wie die bisherige Methodik der genossenschaftlichen Geschäftsführung gegen den Krieg und seine Folgen gewappnet war, und welche Veränderungen sie durch ihn erfuhr. Die zuletzt erwähnten, rein genossenschaftlichen Kriegswirkungen sind nicht bloß für die Erkenntnis der Kriegswirtschaftlichen Zusammenhänge, sondern auch für die Beurteilung künftiger Entwicklungsmöglichkeiten von hoher Wichtigkeit. Mancher spricht dafür, daß die kommende Friedenswirtschaft weit stärker mit genossenschaftlichen Elementen durchsetzt sein wird als die vergangene, wenn die Waise des Genossenschaftswesens sich über den Krieg weg gesund und widerstandsfähig erhält.

Wir wollen unseren Lesern diese Ausführungen eines unparteiischen Beurteilers nicht vorenthalten. Sie beweisen wieder einmal, welche Suggestivkraft die Konsumgenossenschaftsbewegung besitzt, indem sie sich auch in jenen Kreisen Anerkennung erlangt, die grundsätzlich Anhänger und Befürworter des privaten Handels sind. Sie beweisen aber auch, welche verhängnisvolle Fehler es war seitens der maßgebenden behördlichen Stellen, die Konsumvereine aus der Warenverteilung und Warenverteilung möglichst auszuschalten, und unser Wirtschaftsleben dadurch aller jener Erfahrungen, Fähigkeiten und Kräfte zu berauben, die den Genossenschaftsgedanken zu einem so wichtigen Faktor im Leben des deutschen Volkes

machen. Hoffentlich wird dieser Fehler nicht mit in die künftige Friedenswirtschaft übernommen werden, unser Wirtschaftsleben würde dadurch unerschöpflichen Schaden erleiden.

# Aus aller Welt.

## Französische Eisenbahnkatastrophen.

Am Mittwoch ereignete sich bei Sezanieux auf der Linie der Nordbahn ein furchtbares Eisenbahnunglück. Bis jetzt ist nur bekannt, daß die Zahl der Toten 23 beträgt.

Mittwoch nacht 3 Uhr stieß im Bahnhof Reiney bei Trohe ein Expressezug mit einem im Bahnhof stehenden anderen Zug zusammen. Fünf Personen sind getötet, 25 wurden verwundet.

## Jugendveranstaltungen.

Die Kriegsjugendausgänge des Kreises Teltow-Berowalde werden hiermit nochmals auf die morgen Sonntag, dem 19. Februar, um 10 Uhr im Sitzungszimmer, Lindenstr. 3, 4. Hof, 3 Treppen, stattfindende Besprechung hingewiesen. Eine besondere schriftliche Einladung hierzu konnte nicht erfolgen.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, 18. Februar, vormittags 9 Uhr, Pappellau 15/17, Wendolin, Idealland, Belfeldstraße 8; Oberlößnitz, Karstr. 2. Freireligiöse Besprechung — vormittags 10 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 61. Vortrag von Dr. A. Wille: Was bedeutet Selbstbehauptung? Gäste willkommen.

**Humanitäre Gemeinde Berlin (G. V.).** Sonntag, 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niederkirchstr. 12. Vortrag von Dr. Rudolf Bergig über „Die Humanität des Krieges“. Gäste willkommen.

**Arbeiter-Samariterbund.** Salonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche abends 8 1/2 Uhr, 1. u. 6. Hofstraße, Wohnung 19. Februar, Köpenicker Str. 62. Nach dem Vortrag beachtliche Versammlung. Gäste haben einmütigen freien Zutritt.

**Der Selbsterlebens-Männer- und Frauenchor** gibt zur Feier des einjährigen Bestehens seines Frauenchores am Sonntag, 25. Februar, unter Leitung seines Chorleiters E. Thiel in Köpplers Konzertsaal, Köpenicker Str. 29, einen Volksfestlichen Wiederabend — Herr Kommandant G. Kühne wird Regalitäten und Wieder zur Verteilung kommen. Eintrittskarten zu 50 Pf. bei P. Kasper, Petersburger Str. 66, P. Schneider, Döberlstr. 31, Laden, A. Kasper, Köpenickerstr. 1, Laden, G. Grauert, Wilhelm-Hofstr. 23, Laden, M. Wollentz, Karlsruher Str. 7, Frau Beier, Pillauer Str. 4. Abendkasse findet nicht statt.

**Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags.** Teilweise neblig, sonst trocken und ziemlich heiter; am Freitag ziemlich milde, nachts wieder überaus frost.

## Todes-Anzeigen

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz  
gefallenen Genossen!

Es seien:

<b>6. Wahlkreis.</b> Am 4. Januar im Alter von 41 Jahren der Kohlenhändler <b>Rudolf Palm</b> Wohnstr. 35, Bezirk 309, Teil 1.	<b>Wahlverein Lichtenberg.</b> Der Holzleger <b>Walter Wandrey</b> Niederbarnimstr. 4, 1. Viertel, 1. Gruppe.
<b>Wahlverein Neukölln.</b> Im Dezember 1916 der Metzger <b>Paul Rappolt</b> Donaustr. 108, 7. Bezirk.	<b>Der Feinweber</b> <b>Otto Schneider</b> Gabelstr.-Str. 2, 1. Viertel, 6. Gruppe.

Chre ihrem Andenken!

<b>Bezugsquellen-Verzeichnis</b> Berlin-Südost Erkenntnis wöchentlich einmal. Bei Einzelkäufen empfindlich.	<b>Bezugsquellen-Verzeichnis</b> Berlin-Westen Bei Einzelkäufen empfindlich.
<b>Bäcker- u. Konditoreien</b> K. H. Müller, Allee 37 A. H. Müller, Allee 37	<b>Bräuererei</b> <b>Adelung &amp; Hoffmann</b> Akt.-Brauererei Potsdam Kgl. Niederlag, Berlin SW 47 Kronbergstr. 25, Brau- denburg a. H., Wilhelm- denkmalstr. 12.
<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> Paul Müller, Friesenstr. 22 G. Regber, Karpfengarten 10 Z. Fleisch, u. Aufbehn.	<b>Polkadamm-Stangen</b> Spezial-Blau-Schwarzbräu.
<b>Mehl- u. Kolonialw.</b> Joh. Fleisch, Gneisenstr. 97 A. Schleinitz, Mariannenstr. 14	<b>Polkadamm-Stangen</b> G. Regber, Karpfengarten 10 Z. Fleisch, u. Aufbehn.
<b>Weine, Fruchtsäfte, Likör.</b> E. & M. Leydicke Mansteinstr. 4	<b>Weiße, Fruchtsäfte, Likör</b> <b>E. &amp; M. Leydicke</b> Mansteinstr. 4
<b>Uhren, Goldwaren</b> S. Fenske, Kottbus, Damm Streng reell, anerkannt bill.	<b>Charlottenburg</b> O. G. Gatz, Schulstr.-Lag., Köp- penicker Str. 7, 1. Hof.
<b>Neukölln</b> <b>C. Dittmann</b> Berlinerstr. 43 Wild - Geflügel - Fische.	<b>Neues</b> <b>A. Kieper</b> Friedrichstr. 25 Damen-, Kinder-Konfektion
	<b>Spandau</b> <b>Paul Gaege Mehl und</b> Kolonialw. Breitenstr. 87, Schulwalde- str. 12/14, Pichelsdorferstr. 18. Haus- und Köchengeräte <b>Herrmann Finck</b> Eisenware, Schönwalderstr. 37 Alfred Bartels, Broderstr. 22 Schlamm, Leder, Drachener. A. Markgraf, Brüderstr. 11/12 13 gerollt Lang, Gb. Parzell, Seig Hilfsmittelmedien. H. Tornow, Märkstr. 110, geg. 1909.

# Möbel-Angebot.

Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer  
Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsver-  
gütung bei keiner Auszahlung und geringen monatlichen Raten-  
zahlungen. Offerten W. 1 an die Expedition des „Vorwärts“.  
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

## Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt

Potsdamer Str. 117 a. d. Lötswitzer, Sprechst. 4, 12-2  
u. 1/2-1/2 U. abds., Sonnt. 11-1.

Aufklärende

1. Geschlechtskrankheiten,  
Harnleiden, Schwäche,  
Ehrlich-Hata-Kuren, Blut-  
und Harn-Untersuchungen.  
Institute.

12 Seiten starke Broschüre 50 Pf., nach  
außerhalb 1 M. in verschlossenem Kuvert

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Dreher  
**Louis Krusemark**  
Wilmersd., Wilmstr. 14,  
am 18. Februar gestorben ist.  
Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 17. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gewerkschaftshofes  
in Wilmersd. aus statt.  
Regg. Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Metallarbeiter  
**Robert Meyer**  
Schönhauser Allee 104,  
am 14. Februar gestorben ist.  
Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 17. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gewerkschaftshofes,  
Dahlemer Straße aus statt.  
Regg. Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Schlosser  
**Karl Trebbow**  
Waldstr. 5,  
am 12. Februar gestorben ist.  
Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 19. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomas-Straßhofes in  
Neukölln, Hermannstraße, aus  
statt.  
Regg. Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.**  
Den Kollegen ferner zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Kittmalen-Umschleifer  
**Walter Sokol**  
Döberlstr. 29,  
am 11. Februar gestorben ist.  
Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 17. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gewerkschaftshofes,  
Dahlemer Straße aus statt.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Industriearbeiter  
**Wilhelm Dangel**  
am 14. Februar im Alter von  
67 Jahren verstorben ist.  
Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 19. Februar, nach-  
mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Zentral-  
friedhofes, Friedrichstraße, aus  
statt.

Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Bodenarbeiter  
**Theophil Polzin**  
von der Firma Berg u. Co.,  
Erfeldstr. 10, am 13. Februar im  
Alter von 56 Jahren verstorben ist.  
Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 17. Februar, nach-  
mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Zentral-  
friedhofes, Friedrichstraße, aus  
statt.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Arbeitsführer  
**Max Wulf**  
am 13. Februar im Alter von  
56 Jahren verstorben ist.  
Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 17. Februar, nach-  
mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Zentral-  
friedhofes, Friedrichstraße, aus  
statt.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Arbeitsführer  
**Karl Voigt**  
von der Firma Gutzki, Straußau,  
am 11. d. Mts. im Alter von  
56 Jahren verstorben ist.  
Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 19. Februar, nach-  
mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Zentral-  
friedhofes, Friedrichstraße, aus  
statt.

## Deutscher Banarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Bezirk Norden II.

Am 13. Februar starb unser  
Mitglied, der Maurer  
**Fritz Kühnast.**  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr,  
auf dem Friedhof der Friedens-  
gemeinde in Nieder-Schön-  
hausen (Kordens) statt.

Am gleichen Tage starb unser  
Mitglied, der Hilfsarbeiter  
**Johann Luschnat.**  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr,  
auf dem Zentral-  
friedhof in Friedrichshagen statt.

Chre ihrem Andenken!

144/6 Die örtliche Verwaltung.

## Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die ständigen  
Beim Annehmen meiner lieben Frau,  
sage ich auf diesem Wege allen, be-  
sonders den Wahlvereinen von  
Köpenick und Neukölln, freundschaft-  
lichsten Dank.

Gustav Kaiser,  
Köpenick - Hohenborn-  
Eisenallee 19.

## Goldaten- Sprachführer

Deutsch-Französisch  
Deutsch-Polnisch  
das Buch zu 15 Pf.  
Deutsch-Niederländisch  
Deutsch-Englisch  
Deutsch-Russisch  
das Buch zu 20 Pf.  
Porto 10 Pf.

Buchhandlung Vorwärts  
Berlin C.B. 69, Lindenstraße 3

